



...zur Sonne, zur Freiheit

110 Jahre Sozialistische Jugend

Rote Reihe Nr. 25

Der Funke

Marxistische Zeitschrift in
Sozialdemokratie und Gewerkschaft

Euro 2.-
Solipreis:
Euro 4.-

InHALT

Teil 1: Verein Jugendlicher Arbeiter, 1894-1918

"Der Jugendliche Arbeiter"

Kämpferische Jugendbewegung

Imperialistischer Krieg und ArbeiterInnenbewegung

Die Linksradikalen

Teil 2: Sozialistische Arbeiterjugend, 1919-1934

Zwischen Reform und Revolution

Jugendinternationale

Erziehung zu oder durch Kampf?

Gewerbeschulreform und Lehrlingsstreiks

Die Ära Kanitz

Finanzierung und Abhängigkeit

Auf dem Weg in den Februar

Teil 3: Illegalität und Antifaschismus, 1934-1945

Kurze oder lange Perspektive?

Organisationsaufbau in der Illegalität

Politische Aktivität und Schulung

Die Internationale

Widerstand gegen die Nazis

Teil 4: Sozialistische Jugend Österreich, 1945-heute

Der Wiederaufbau

Kampf gegen die Koalitions gesinnung und der Oktoberstreik 1950

Der soziale Kampf und die Verankerung in den Betrieben

Die Entwicklung der SJ vor dem Hintergrund des kapitalistischen Aufschwungs

Der Kampf gegen die Neofaschisten

1968 und die Jugendprotestbewegung

Linksruck in der SJÖ

Die Wende von 1976

Die SJÖ und die Neuen Sozialen Bewegungen

Auf dem Weg zu einem innenpolitischen Faktor

Die Friedensbewegung

Die SJÖ und die Sowjetunion

"Cap ins Parlament"

Gusi der Masseverwalter

Auf Tauchstation

Todeskrise des Stalinismus

Die SJÖ am Boden

Wie viel Demokratie hat's?

Für eine starke, linke SJ

Marxismus oder Reformismus?

Impressum:

Herausgeber und Verleger:

Der Funke - Marxistische Zeitschrift in Sozialdemokratie und Gewerkschaft

Österreich: Postfach 112, 1096 Wien

Internet: www.derfunke.at

MitarbeiterInnen an dieser Broschüre: Mihai Csabai, Basti Fuchs, Florian Gerard, Karin Schnetzinger, Gernot Trausmuth

Verlag: Eigenverlag

Vervielfältigung: Eigenvervielfältigung



Einleitung

“Jedes Tier hat seinen Beschützer, das sind die Tierschutzvereine, die dafür sorgen, dass das Pferd nicht unnötigerweise vom Kutscher geschlagen wird; die Vögel haben ihre Beschützer, die dafür sorgen, dass sie im Winter ihr Futter finden; und existiert für den Lehrling etwa ein Verein, der dafür sorgt, dass er nicht unmenschlich behandelt wird? Nein!”

(Aus dem Gründungsflugblatt des Vereins Jugendlicher Arbeiter, 1894)

Vor genau 110 Jahren gründeten rund 200 Lehrlinge und junge Arbeiter in Wien den "Verein Jugendlicher Arbeiter", die Vorläuferorganisation der Sozialistischen Jugend. Seit 110 Jahren führen somit Jugendliche einen organisierten Kampf gegen Ausbeutung, Unterdrückung, Faschismus und Krieg, für eine sozialistische Gesellschaft.

Diesen Kampf gilt es auch heute weiterzuführen. Die Geschichte der ArbeiterInnenbewegung und somit auch der Sozialistischen Jugend ist reich an positiven Erfahrungen, aus denen wir auch für unsere politische Arbeit zu Beginn des 21. Jahrhunderts vieles lernen können. Doch nicht nur aus unseren Erfolgen können wir lernen. Die Geschichte der Sozialistischen Jugend ist von vielen Widersprüchen gekennzeichnet. Es gab Phasen, wo junge SozialistInnen an der Spitze der Jugendbewegung standen und einen wichtigen Beitrag im Kampf gegen den Kapitalismus leisteten. Es gab aber auch Phasen, wo die SJ zu einem Jugendwahlkampfbüro der rechten Sozialdemokratie verkam.

Die Geschichte der SJ ist bis zum heutigen Tage eine Geschichte des Kampfes zwischen revolutionär-marxistischen Ideen einerseits und reformistischen Konzeptionen andererseits. Diese Komplexität wollen wir in dieser Arbeit aufzeigen. Mit dieser Broschüre wollen wir jungen GenossInnen einen Überblick über die widersprüchliche Geschichte ihrer Organisation geben und ein Plädoyer für eine marxistische SJ zum Ausdruck bringen.

Nur wer seine Geschichte kennt, kann sich auf die zukünftigen Kämpfe vorbereiten. In diesem Sinne: Für eine starke, marxistische SJ!

Der Verein Jugendlicher Arbeiter

„Sklaven der Arbeit“

Die sozialistische Jugendbewegung ist nicht etwa vom Himmel gefallen, sie hat sich aus dem konkreten Bedürfnis der arbeitenden Jugendlichen sich zu organisieren und ihre Lebens- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern herausentwickelt.

Karl Marx schrieb im Kommunistischen Manifest über den Zusammenhang der Entwicklung des Kapitalismus und dem Entstehen der ArbeiterInnenbewegung: „Aber die Bourgeoisie hat nicht nur die Waffen geschmiedet, die ihr den Tod bringen; sie hat auch die Männer gezeugt, die diese Waffen führen werden – die modernen Arbeiter, die Proletarier.“

Dies erklärt auch die Herausbildung der proletarischen Jugendbewegung gegen Ende des 19. Jahrhunderts. Jugendliche gehörten zu den am meisten ausgebeuteten Schichten der Arbeiterklasse. Ende des 19. Jahrhunderts war zwar Kinderarbeit schon verboten, doch beinahe jedes zweite Kind ab 11 Jahren war bereits „Sklave der Arbeit“. Es kam zu einer massiven Zuwanderung in städtische Gebiete. Ein großer Teil der ArbeiterInnen waren junge HilfsarbeiterInnen und Lehrlinge, sie waren die Basis für die ArbeiterInnenjugendbewegung. Um die Jahrhundertwende gehörte fast ein Drittel der unselbständig Erwerbstätigen der Altersgruppe der 11 bis 20jährigen an. Dies erklärt die große Bedeutung, die Jugendlichen in der ArbeiterInnenbewegung damals zukam.

Viele Lehrlinge kamen vom Land, da sie in ihren Heimatdörfern keine Arbeit fanden, und arbeiteten in ihrer Lehrzeit beinahe nur für Kost und Logis. Statt Ausbildung gab es Ausbeutung pur. Die Lehrlinge wurden in Wohnbaracken oft zu zehnt in einem Zimmer zusammengepfercht und konnten froh sein, wenn ihr Lehrherr für warme Decken sorgte. Das Essen, das für sie zubereitet wurde, bestand größtenteils nur aus Wassersuppe oder Kartoffeln. Da die meisten Lehrherren die Lehrlinge nur als billige und gefügige Arbeitskräfte missbrauchten, wurde die Lehrzeit, die bis zu vier Jahren dauern durfte, oft überschritten und nach ihrem Ende wurde viele Jugendliche sofort entlassen. Die Arbeitszeiten der Lehrlinge waren nach Ermessen des Lehrherrn flexibel, oft mussten sie zwischen 15 und 19 Stunden täglich arbeiten und das oft sieben Tage die Woche. Dazu kam dann noch der Schulbesuch, der außerhalb der Arbeitszeit von 19-21 Uhr oder am Wochenende stattfand. Aber auch dieser Schulbesuch wurde von vielen Unternehmern nicht genehmigt, indem sie sich weigerten den Lehrlingen die nötige Zeit frei zu geben. Die Lehrherren hatten außerdem das Recht auf körperliche Züchtigung der Lehrlinge, dieses Recht wurde aber sehr oft auch von Gesellen und anderen Mitarbeitern angewandt.

„Der Jugendliche Arbeiter“

Schon beim Formierungsprozess der österreichischen Sozialdemokratie spielten junge Arbeiter eine ganz wesentliche Rolle. Selbst die Parteiführer, wie Victor Adler, waren nicht viel älter als 35 Jahre. Die Sozialdemokratie war so durch einen ausgesprochen niedrigen Altersdurchschnitt geprägt.

Nach der Einigung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs im Jahre 1888/89 wurden auch die ersten Organisationen der ArbeiterInnenjugend ins Leben gerufen. Da es Jugendlichen unter 25 Jahren verboten war, sich politisch zu engagieren, konstituierte sich die Jugendorganisation unter dem Deckmantel „Bildungsverein“. Das Zentrum bildeten die Wiener Bezirk Ottakring und Hernals, wo der „Jugendbund“ bzw. die Gruppe „Bücherskorpion“ entstand. Die Gruppe „Bücherskorpion“ setzte vor allem darauf, sich gegenseitig beim Lernen zu helfen und eine Allgemeinbildung zu ermöglichen. Der „Jugendbund“ hatte ähnliche Ansätze, aber die Mitglieder waren rebellischer.

1893 fanden die beiden Jugendgruppen zueinander und gründeten gemeinsam den „Verein Jugendlicher Arbeiter“. Noch am ersten Tag traten rund 100 Lehrlinge dem Verein bei. Im ersten Flugblatt schrieb man: „Wir wollen der unmenschlichen Behandlung und Ausbeutung der Lehrlinge ein Ende setzen. Wir wollen für uns selber tun, was die Tierschutzvereine für Hunde und Pferde tun.“

Zu den wichtigsten Aufgaben und Zielen erklärte der VJA den Kampf gegen Ausbeutung und um Verbesserung der Lebensbedingungen der Lehrlinge sowie Bildung. So war z.B. Forderungen nach staatlichen Lehrwerkstätten, Abschaffung der Sonntagsarbeit und Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Lehrlinge eine der zentralen Losungen jener Zeit. Es gab zwar eine sogenannte Schulpflicht doch in der Volksschule wurde nur gelehrt, was der K.u.K. Monarchie notwendig schien. So war lange Zeit Religion das wichtigste Fach, das auch die meiste Zeit in Anspruch nahm, und viele Lehrlinge mussten vor dem Gewerbeschulunterricht erst in Sonderkursen die Lernziele für die Volksschule nachholen. Höhere Bildungseinrichtungen und Universitäten konnten nur von der privilegierten Schicht in Anspruch genommen werden.

Aus diesen Umständen entwickelte sich auch das erste Motto der Organisation: „Bildung macht frei“. Die Kontakte zur Sozialdemokratie wurden für Bildungszwecke genutzt und es referierten immer wieder namhafte Genossen bei VJA-Versammlungen.

Gleich einige Monate nach der Gründung wurde von Seiten der Unternehmer mit massiven Repressionen gearbeitet. Schlägerbanden wurden organisiert, Lehrlinge wurden eingeschüchtert und schwarze Listen geführt. Polizei, Christlich-Soziale und Unternehmer kämpften mit allen Mitteln gegen die aufmüpfigen jungen Arbeiter. Doch diese blieben hart und wurden in ihren Positionen durch

diesen Druck nur noch bestärkt.

Beim Gewerkschaftskongress 1896 wurde die Organisation „der Jugendliche Arbeiter“ offiziell als Teil der ArbeiterInnenbewegung anerkannt. Es gründeten sich in beinahe allen Ballungszentren Ortsgruppen, vor allem in der Steiermark sowie in Niederösterreich. 1903 kam es zu Vereinigung aller Gruppen, durch die Gründung des „Verbandes der jugendlichen Arbeiter Österreichs“. Es wurden Statuten erarbeitet und eine eigene Zeitung gegründet mit dem Namen „Der Jugendliche Arbeiter“. Diese solle ein „Kampfblatt“ werden. In der ersten Ausgabe steht: „Uns stehen nicht die Geldmittel zur Verfügung, von denen die frommen Jugendblätter wie das ‚St.Aloisius-Blatt‘ und ähnliche Schlaf- und Brechmittel leben. Jugendliche Arbeiter haben das Blatt gegründet, und die Agitationskraft der freien Jugend, der jugendlichen Arbeiter, muss das Blatt erhalten.“

Kämpferische Jugendbewegung

Der Jugendliche Arbeiter organisierte zwar immer wieder Versammlungen und Kundgebungen, um allerdings Verbesserungen ernsthaft umsetzen zu können brauchten die Jugendlichen die Unterstützung der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaft, da die reine Jugendorganisation noch zu schwach für solche politischen Kämpfe war. Partei und Gewerkschaften setzen sich immer wieder in den gesetzlichen Körperschaften für Reformen der Lehrlingsausbildung ein, was auch zu einigen Verbesserungen führte. Die sozialdemokratische Jugendbewegung, die in ihren eigenen Reihen äußerst geschlossen und konfliktarm war, hatte ein sehr gutes und enges Verhältnis zur Partei. Es ist bezeichnend, dass Anton Jenschik als Verbandsobmann an der Spitze der Jugendbewegung auch seit 1911 Parteiangestellter war. Dementsprechend offen versuchte die Parteispitze die Jugendorganisation am Gängelband zu führen.

Auch wenn die sozialdemokratische Jugendbewegung in dieser Zeit nicht besonders viele ihrer Ziele durchsetzen konnten, so hat sie doch entscheidend dazu beigetragen Klassenbewusstsein und sozialistische Ideen in die ArbeiterInnenjugend hineinzutragen. Den Jugendlichen wurde klar, dass sie sich gegen ungerechte Behandlung am Arbeitsplatz zur Wehr setzen mussten. So wurde eine „Zentralstelle für unentgeltlichen Lehrlingsschutz“ gegründet, die Klagen gegen rechtswidrig handelnde Lehrherren unterstützte, die allerdings von den offiziellen Organen oft nicht ernst genommen oder gar nicht erst behandelt wurden. Tatbestand der häufigsten Klagen waren 1912 folgende Delikte: körperliche Züchtigung durch den Lehrherrn, die Lehrmeisterin oder durch Gehilfen (121); Veruntreuung des Lehrgeldes durch den Lehrherrn (97); Transport schwerer Lasten, Wagenziehen, lange Arbeitszeiten und Überstunden (72); andauernde harte Behandlung, schlechte und ungenügende Kost (61); körperliche Misshandlung mit feststellbaren Folgen (Zer-

reißen des Trommelfells, Zahnverletzungen und so weiter) (39); mangelhafte Ausbildung (31); Fernhalten vom Schulbesuch (29); sowie die Verrichtung häuslicher Arbeiten (Teppichklopfen, Ausfegen, Kochen), Lohnabzüge und Sonntagsarbeit (25). Diese Statistik gibt nur einen bruchstückhaften Eindruck der damaligen Zustände im Lehrlingswesen wieder. Um gegen diese Zustände zu protestieren wurden immer wieder Kundgebungen vor Häusern besonders schlimmer Lehrherren abgehalten, wenn alle anderen Maßnahmen keine Wirkung erzielten.

Längerfristig konnte jedoch eine wirkliche Verbesserung nur auf dem politischen Weg erzielt werden, und so befasste man sich mit Schulungsarbeit über wissenschaftlichen Marxismus und Themen, die im „normalen“ Unterricht nur mangelhaft beziehungsweise nur zur patriotischen Propaganda behandelt wurden. Im Jahr 1909 wurden folgende Vorträge zur Bildung und Schulung der ArbeiterInnenjugend gehalten: 51 zu Sozialwissenschaften, 44 Geschichtliche, 45 Naturwissenschaftliche, 35 Medizinische etc.

Die sozialdemokratische Jugendbewegung wuchs in den Jahren bis 1914 zu einer kämpferischen sozialistischen Jugendorganisation mit rund 16.000 Mitgliedern heran, die eine immer aktivere Rolle im österreichischen Klassenkampf zu spielen begann. Vor allem während der Bewegung zur Er kämpfung des allgemeinen Wahlrechts im Jahre 1905, die revolutionären Charakter annahm, spielten die jungen Sozialisten eine wichtige Rolle.

Nach 1905 wurde die Initiative zur Gründung der Sozialistischen Jugendinternationale ergriffen. Von 24.-26. August 1907 fand in Stuttgart der Gründungskongress der SJI statt. An ihrer Spitze standen Karl Liebknecht, Henrik de Man und der Österreicher Leopold Winarsky, der namhafteste Vertreter der Parteilinken. Im Mittelpunkt der Arbeit der SJI stand der Antimilitarismus. In diesem Zusammenhang schrieb Liebknecht auch eines seiner Hauptwerke „Militarismus und Antimilitarismus“. Ihr Ziel, die Verhinderung des imperialistischen Krieges, konnte die SJI jedoch nicht erreichen.

Imperialistischer Krieg und Arbeiterbewegung

Mit Ausbruch des Ersten Weltkrieg 1914 verschlechterten sich die Arbeitsbedingungen für jugendliche Revolutionäre enorm. In den Betrieben herrschte das Militärgesetz, um die Produktion während des Krieges sicher zu stellen. Wenn nicht schnell bzw. fleißig genug gearbeitet wurde, konnte das als Sabotage ausgelegt werden, und nicht selten wurden Revolutionäre und GewerkschafterInnen unter ähnlichen Vorwänden an die Front kommandiert oder verhaftet.

In den Jahren vor dem Krieg war das Programm der sozialdemokratischen Jugendbewegung keineswegs pazifistisch. Die Stoßrichtung lag in der politischen Vorbere-

itung der Jugendlichen auf ihre Zeit in der Armee, um nicht zu willenlosen Kampfmaschinen gemacht zu werden. Die Jugendlichen sollten ihre Klassenzugehörigkeit und Ideologie nicht verlieren, sondern sozialistische Ideen verbreiten. Die Infiltration des Heeres war die einzige Möglichkeit langfristig antimilitaristische Arbeit zu leisten.

Die sozialdemokratischen Parteien Europas schlossen aus Angst vor Verfolgung und Isolierung mit den herrschenden Klassen für die Dauer des Krieges eine Art Burgfrieden, stimmten für die Aufnahme von Kriegskrediten und unterstützten dadurch die Kriegspolitik der eigenen herrschenden Klasse. Die österreichische Verbandsführung unter Honay und Helmer begrüßte zwar in Worten die antimilitaristischen Aktivitäten der SJI, im eigenen Land verfolgte sie jedoch die gleiche Politik wie die Parteiführung. Die Jugendorganisation übernahm die Argumentation der Partei: Wir waren zu schwach um den Krieg zu verhindern, doch jetzt da er angefangen hat, müssen wir dem Wohl der österreichisch-deutsches-ungarischen ArbeiterInnenklasse entsprechend für den raschen Sieg über den Zarismus kämpfen. Das bedeutete die Aufgabe der internationalistischen Position in der ArbeiterInnenbewegung. Dass beim Kampf gegen „den Zarismus“ Arbeiter gegen Arbeiter für die Interessen ihrer Ausbeuter kämpften, wurde völlig vernachlässigt.

Die ArbeiterInnenjugend begann jedoch schnell die Folgen des Krieges am eigenen Leibe zu spüren und bald schon verlor die anfängliche Kriegseuphorie. Bereits im November 1914 veröffentlichte der VJA erste Artikel gegen den Krieg und trat somit in Opposition zur Parteilinie. Im März 1915 schrieb man einen Artikel über Fahnen-treue, in dem man zum Ausdruck brachte, dass die einzige Fahne, der die Sozialistischen Jugend treu sein konnte, die rote Fahne sei. Natürlich war durch diesen Richtungsschwenk die Beziehung zur Sozialdemokratischen Partei äußerst angespannt.

Durch die neuerlich antimilitaristische Arbeit wurde die Jugendorganisation immer mehr an den Rand der Illegalität gedrängt und 1916 fast verboten. Auf den Mitgliedskarten war ein subversiver Text gedruckt worden. Nur eine Distanzierung der Verbandsführung konnte den Verband vor der Auflösung retten. Bei vielen öffentlichen Veranstaltungen war die Polizei anwesend und achtete darauf, dass keine antimilitaristischen Aussagen Österreich betreffend getätigt wurden. Die RednerInnen wichen aus, indem sie über die ArbeiterInnenschaft anderer Länder sprachen, um ihre Botschaft zu verschleiern. Selbstverständlich war auch die Veröffentlichung von antimilitaristischen Artikeln und Flugblättern nahezu unmöglich, und es wurde jede Kriegsnummer des „Jugendlichen Arbeiters“ von den Behörden beschlagnahmt und musste ein zweites, manchmal sogar ein drittes Mal produziert werden, um in Umlauf zu kommen. Die Zensur begleitete das Verbandsleben während der gesamten Dauer des Krieges. So fand sich unter einem Artikel zum Ersten Mai 1915 folgende Notiz: „Der Rest des Artikels, der die erste Seite füllte, ist vom Zensor gestrichen worden. Er erlaubt

nicht, auszusprechen, was wir uns vom heutigen Maitage denken. Das Denken selbst kann er uns aber nicht verbieten.“ (JA 1915, Nr. 5, S. 1)

Die Linksradikalen

Über die Frage, wie die antimilitaristische Arbeit geführt werden sollte, kam es im VJA schon sehr bald zu heftigen politischen Auseinandersetzungen. Schon im Dezember 1914 wurde Leo Rothziegel, ein linker Vertrauensmann der Leopoldstädter Jungsozialisten, aus der Organisation deshalb ausgeschlossen worden. Im VJA formierte sich nun erstmals eine starke linke Strömung.

Aber auch innerhalb der europäischen Sozialdemokratie bildete sich Ende 1915 eine Opposition gegen den Kriegskurs der Parteiführungen. Führende Oppositionelle (unter ihnen Lenin und Trotzki) trafen sich im September 1915 in Zimmerwald in der Schweiz zur berühmten „Zimmerwalder Konferenz“. Mit Franz Koritschoner entsandte die „linksradikale“ Opposition einen Vertreter zu der im April 1916 in Kienthal stattfindenden zweiten Konferenz der „Zimmerwalder Linken“.

Um auch legal tätig sein zu können und aus der Erkenntnis heraus, man wäre noch zu schwach, um eine eigenständige Organisation abseits der Sozialdemokratie aufbauen zu können, schlossen sie sich dem Bildungsverein „Karl Marx“ der Linken um Fritz Adler an, wo sie schon bald mit ihrer Propaganda für die Ideen der internationalen Zimmerwalder Linken an Einfluss gewinnen konnten. Dieser Verein umfasste rund 40 GenossInnen (unter ihnen Gabriele Proft und Therese Schlesinger, Josef und Isa Strassers, Max Adler oder Robert Danneberg). Die Aktivitäten beschränkten sich im Großen und Ganzen aber auf einige Diskussionsabende.

Die „Linksradikalen“ wollten sich mit dem jedoch nicht zufrieden geben. In einem eigenen Antrag formulierten sie den Zweck des Vereins „Karl Marx“, der aus ihrer Sicht nur in einer scharfen Kritik an „von den Parteiinstanzen begangenen Unterlassungssünden in Bezug auf die Aufklärung der proletarischen Massen über das Wesen des Imperialismus“ liegen konnte. Die Arbeiter müssten sich wieder „im Kampfe“ die alten Methoden sozialistischer Politik aneignen. Eine wichtige Aufgabe in diesem Sinne sollte die Bildungsarbeit in der Arbeiterbewegung einnehmen. Sie beantragten deshalb im Verein die „Bildung von Lesezirkeln in allen Bezirken“. Sie verstanden jedoch, dass „nicht allein die theoretische Aufklärung, sondern vor allem die Betätigung im Sinne des unverfälschten Marxismus vonnöten sei“. Deshalb beantragten sie weiters „die Versorgung der Mitgliedschaft und ihrer Vertreter mit Agitationsmaterial“, was durch gewählte Vertrauensmänner auf Bezirksebene passieren sollte. Außerdem strebten sie „die Herausgabe einer kleinen populären Zeitschrift mit aktuellen Artikeln über die Arbeiterbewegung des In- und Auslandes in der Art der Bremer ‘Arbeiterpolitik’“ an.

Für die Linksradikalen waren die Diskussionen und die politische Bildung nur eine Voraussetzung für praktisches Handeln. Dies wird sehr schön am Ende ihres Antrages deutlich, wo sie schreiben:

“In Erwägung, dass es heute unmöglich ist, im Rahmen des Gesetzes für die Befreiung des Proletariats und gegen den offenen, echt österreichischen Absolutismus und seine Bundesgenossen in allen Klassen aufzutreten, beantragen wir: 4.) Die Herausgabe populär gehaltener aktueller und zensurfreier Flugblätter, insbesondere aber das sofortige Eingreifen der organisierten Mitgliedschaft in alle Volksbewegungen, sie mögen in welcher Form immer auftreten, um die Bewegung über sich selbst hinauszutreiben und für den proletarischen Klassenkampf nutzbar zu machen.

Da wir wissen, dass in der Provinz in vielen Kreisen eine gleiche Stimmung sich bemerkbar macht, wie in der Hauptstadt, fordern wir 5.) Die Leitung des Vereines auf, sich, da es bisher unterblieben ist, mit den radikal-marxistischen Vertrauensmännern der Provinz ins Einvernehmen setzen, um den Ausbau des wiener Lokal- in einen Reichsverein anzubahnen.”

Die Linksradikalen hatten in der Wiener Organisation des VJA nun auch GenossInnen in Mariahilf, Meidling und der Landstraße. Diese linken VJA-Ortsgruppen waren schon ab Mai 1915 mit polizeilicher Auflösung bedroht worden, weil sie revolutionäre, antimilitaristische Rekrutenabschiedsfeiern veranstalteten. Diese illegale Arbeit wurde verbunden mit konsequenter marxistischer Schulung.

Als man im Verein “Karl Marx” endlich die Mehrheit für den Beginn illegaler Aktivitäten mit einer Orientierung auf die Arbeiterklasse erlangte, sollte das Attentat von Fritz Adler auf Ministerpräsident Stürgkh die Bedingungen für die politische Arbeit der Linksradikalen grundlegend verschlechtern, da der Staatsapparat diese Tat zum Anlass nahm, mit verstärkter Repression gegen die Kriegsgegner vorzugehen. Die Linksradikalen solidarisierten sich mit dieser Tat.

Im Dezember 1916 wurde das “Aktionskomitee der linksradikalen Arbeiterjugend” gegründet, um den Einfluss in der sozialdemokratischen Jugendbewegung weiter auszubauen. Nach der Auflösung des Vereins suchten die Linksradikalen eine neue Struktur für legale Arbeit, dies waren die Vereinigung sozialdemokratischer Handelssakademiker “Bildung” und die “Freie Vereinigung sozialistischer Studenten” in Wien-Josefstadt. In dieser Zeit organisierten sie auch eine Demo von Favoritner Arbeiterfrauen für Frieden und Brot.

Da die Parteilinke eine Zusammenarbeit ablehnte, bewegten sich die Linksradikalen nun immer schneller weg von zentristischen hin zu wirklich marxistischen Ideen.

In der Wiener Organisation des VJA hatten die Linksradikalen bei einer Konferenz im Eisenbahnerheim im April 1917 auf Basis eines eigenen sozialistischen Programms sogar die Mehrheit hinter sich. In diesem werden jene Kräfte in der Sozialdemokratie angegriffen, “die das Wesen des proletarischen Klassenkampfes nicht in der

revolutionären Massenbewegung, sondern allein in der Bildung möglichst umfangreicher Organisationen, in der Erlangung vieler Parlamentsmandate sehen, damit die Führer durch Kompromisse, Bündnisse mit Teilen der Gegner, durch diplomatische Schachzüge und so weiter den Arbeitern auf dem Boden der kapitalistischen Ordnung karge Vorteile erringen können.”

Durch organisatorische, aber auch politische Schwächen konnten die Linksradikalen diese Mehrheit aber nicht dauerhaft verteidigen. Als es im Mai 1917 zum ersten großen Streik im Wiener Arsenal kam, unterstützten sie sofort diesen Arbeitskampf und verteilten Flugblätter, die mit “die revolutionären Sozialisten Wiens” gezeichnet wurden. Das Echo auf diese Flugblätter unter den Arbeitern blieb gering, was aber nichts daran ändern konnte, dass die Linksradikalen nun offensiv versuchten, verstärkt Verbindungen zu Betrieben in Wien und im südlichen NÖ aufzubauen. Man agitierte für höhere Löhne, eine verbesserte Lebensmittelversorgung und gegen die Militarisierung der Betriebe.

Die Bemühungen, zur Arbeiterschaft Kontakt zu knüpfen, war nach einigen Anlaufschwierigkeiten erfolgreich. Dies zeigte vor allem die Konferenz in St. Egyden am 5. September 1917, an der Vertrauensmänner aus mehreren Großbetrieben aus dem Raum Wiener Neustadt sowie Anna Ströhmer für die Linksradikalen teilnahmen. Teilweise nahmen diese von der Parteiführung enttäuschten Arbeiter von sich aus mit den Linksradikalen Kontakt auf und luden sie ein, bei Streiks als Berater aktiv zu werden. Bald schon erweiterte man die Kontakte zu Betrieben im Traisental und auch in Wien (Fiat, Arsenal).

Im VJA ging die Parteiführung mittlerweile mit bürokratischen Methoden gegen die Linksradikalen vor. Die Ortsgruppe Leopoldstadt wurde ebenso ausgeschlossen wie Franz Koritschoner aus Ottakring, die Favoritner gingen daraufhin aus Protest von selbst. Diese Oppositionsbezirke vereinigten sich nun zum “Verein der arbeitenden Jugend Wiens”, dem etwas später auch andere Ortsgruppen (u.a. aus Ternitz) beitraten. Kontakte dürfte es Polizeiberichten zufolge auch in Ebergassing und in Traisen gegeben haben. Nach einem polizeilichen Verbot ging man in die Illegalität.

Der richtige Aufschwung für die linksradikale Bewegung kam aber erst nach der russischen Oktoberrevolution. Die Propagierung des Rätegedankens stand nun im Mittelpunkt der linksradikalen Aktivitäten. Am 30. Dezember 1917 bildeten sie den illegalen Arbeiterrat, an dem sich schon bald auch Soldaten anschlossen (z.B. Egon Erwin Kisch).

Für die von der Parteiführung einberufenen Friedensversammlungen schrieben die Linksradikalen das Flugblatt “Arbeitendes Volk!”, wo die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten gefordert wurde, um den Kampf gegen den Krieg führen zu können. Der Jännerstreik, der am 14. Jänner 1918 ausbrach, war von den Linksradikalen erst für Ende Jänner geplant worden. Durch die Vorbereitungsarbeit in den Monaten davor hatten die Linksradikalen aber von Anfang an durch ihren Kontakt zu den Ver-

trauensmännern vor allem im Raum Wiener Neustadt einen großen Einfluss. Ohne die dem Streik vorausgegangene Propaganda der Linksradi-kalen wäre der Streik wahrscheinlich gar nicht über ein spontanes Stadium hinausgegangen, ohne die Linksradi-kalen hätten sich in dieser Bewegung kaum die Arbeiterräte herausgebildet.

Die Parteiführung war offensichtlich gezwungen, selbst radikaler aufzutreten, um so den Linksradi-kalen das Wasser abzugraben, nur so sind die Bildung des Wiener Arbeiterrates und ihre kämpferischen Manifeste während des Streiks zu verstehen. Als dies gelang und der Streik auf Anraten der Parteispitze abgebrochen wurde, blieb selbst den Linksradi-kalen nichts anderes übrig, als für die Wiederaufnahme der Arbeit zu stimmen. Ihr Einfluss war noch zu gering (vor allem in der Wiener Arbeiterschaft), um die Führung der gesamten Bewegung übernehmen zu können.

Die letzten ArbeiterInnen waren noch gar nicht zur Arbeit zurückgekehrt, da setzte schon eine Verhaftungswelle unter den Linksradi-kalen ein. 20 der besten Kader der Linksradi-kalen wurden wegen "Hochverrat" und Aufruf zum "Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung und des österreichischen Staates" aus dem Verkehr gezogen.

Durch die Niederlage im Jännerstreik kamen die Linksradi-kalen zu dem Entschluss, dass man sich nun an den Aufbau einer neuen revolutionären Partei machen müsse. Dies ist de facto die Geburtsstunde der kommunistischen Partei. So verständlich die Reaktion der jungen Linksradi-kalen auch sein mag, so denken wir, dass der Bruch mit der Sozialdemokratie in dieser Phase ein Fehler war. Die Parteiführung hatte bewiesen, dass sie trotz allem einen gewaltigen Einfluss auf die Arbeiterklasse hatte. Die Aufgabe wäre es gewesen, in den folgenden Monaten, eine geduldige Arbeit in der Sozialdemokratie im Sinne einer revolutionären Propaganda zu machen, sich verstärkt zu verankern, die eigenen organisatorischen Strukturen zu festigen und so den Keim für eine wirklich revolutionäre Massenpartei zu legen.

Die Linksradi-kalen hätten zum Kern einer neuen revolutionären Massenpartei ähnlich den Bolschewiki werden können. Wie wir gesehen haben, ist dies nicht gelungen, was später eine wesentliche Ursache für die Niederlage der österreichischen Revolution war. Die Arbeit der Linksradi-kalen ist aber auch aus heutiger Sicht noch voller Lehren und sollte von allen revolutionären SozialistInnen studiert werden. Die Linksradi-kalen sind ein wesentlicher Bestandteil unserer Tradition als MarxistInnen und als Revolutionäre - eine Tradition, die in den Festschriften der Sozialdemokratie wohlweislich verschwiegen wird!

Die Sozialistische Arbeiterjugend (SAJ), 1919 bis 1934

Zwischen Reform und Revolution

Die Russische Revolution von 1917 hatte einen entscheidenden Einfluss auf die ArbeiterInnenbewegung in ganz Europa. In Russland haben die ArbeiterInnen einen Ausweg aus dem Elend und dem Massensterben des Ersten Weltkriegs gezeigt. In ganz Europa und nicht zuletzt in Österreich war es die ArbeiterInnenklasse leid für den Krieg ihrer Unterdrücker zu hungern und zu sterben.

Die Folge war eine revolutionäre Welle, die ganz Europa erschütterte. Im Herbst 1918 löste sich die Donaumonarchie in ihre Einzelbestandteile auf und Kaiser Karl I. wurde von den Volksmassen gestürzt. Am 12. November 1918 wurde die Erste Republik als demokratische Republik Deutschösterreich gegründet. Parallel zum bürgerlichen Parlament und einer großen Koalition in der Regierung (die Sozialdemokraten waren bei den ersten Wahlen 1919 als stärkste Partei hervorgegangen), entstanden nach sowjetischem Vorbild jedoch auch Arbeiterräte und Arbeiterwehren. In Österreich existierte also eine Art „Doppelherrschaft“.

Die österreichische Sozialdemokratie lehnte aber den revolutionären Weg ab und tat alles die Arbeiterbewegung auf dem Boden des Parlamentarismus zu halten. Dadurch konnte sie auch diese Bewegung kanalisieren und in Zaum halten. Durch diese auf Klassenzusammenarbeit ausgerichtete Politik des Austromarxismus kippte das Kräfteverhältnis, das 1918 noch eindeutig auf Seiten der Arbeiterbewegung war, 1919/20 nach rechts, und eine bürgerliche Regierung an die Macht kommen. Otto Bauer spricht in jener Zeit von einem „Gleichgewicht der Klassenkräfte“, weil die Gemeinde Wien weiterhin fest in sozialdemokratischer Hand blieb.

In ganz Europa gärte es in den Organisationen der ArbeiterInnenbewegung. In fast allen Ländern schlossen sich aus Begeisterung über die Russische Revolution mehr oder weniger große Teile der Sozialdemokratie der kommunistischen Internationale an. Dieser Prozess sollte auch vor der österreichischen Sozialdemokratie und ihrer Jugendorganisation nicht halt machen.

Viele Mitglieder des VJA waren in den Räten aktiv und sahen darin ein Instrument für die soziale Revolution. Selbst Otto Bauer musste eingestehen, dass immer mehr JungsozialistInnen den Anschluss an die Kommunisten forderten. Als Reaktion auf diese Radikalisierung an der Basis wählte man auf dem 5. ordentlichen Verbandstag im November 1919 eine alle Strömungen umfassende Verbandsführung und man gab sich den Namen „Verband der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschösterreich“. Im Gegensatz zu den Anfängen der Organisation, die eher als gewerkschaftliche Interessensvertretung

konzipiert war, definierte sich die SAJ nun als „Kampfbund zur Befreiung des (jugendlichen) Proletariats“.

In der Praxis war die Organisation in dieser Zeit jedoch stark von den Ideen des Austromarxismus inspiriert. Parallel mit dem Auf- und Abschwung des Klassenkampfes in Österreich sollte auch die SAJ unterschiedlich stark politisiert sein. Die großen ideologischen Auseinandersetzungen dieser Periode waren die Frage um die Erziehung der Arbeiterjugend und die internationale Ausrichtung der österreichischen Jugendbewegung.

Jugendinternationale

Die Jugendinternationale war während des Krieges ins Lager der Kommunisten gewechselt, spielte jedoch größtenteils eine eigenständige politische Rolle. Trotz politischer Differenzen hielt die SAJ den Kontakt aufrecht, weil die Verbandsführung vom Einheitsgedanken in der Arbeiterbewegung überzeugt war und die internationalen Beziehungen daher nicht so schnell aufgeben wollte.

Eine Einladung auf den 2. Weltkongress der KJI 1921 wurde vom Verbandsvorstand der SAJ mit 89 zu 65 Stimmen aber abgelehnt. Zwei SAJ-FunktionärInnen, die trotzdem an dem Treffen teilnahmen, wurden dafür aus der Organisation ausgeschlossen. Ebenso wurde eine Einladung der rechtsgerichteten sozialistischen Jugendorganisationen Europas (Schweden, Dänemark, Deutschland und Holland) zur Arbeiter-Jugend-Internationale aufgrund der Überbetonung der kulturellen Aktivitäten in diesen Organisationen abgelehnt.

Ähnlich wie die SDAP im Februar 1921 sich der Internationale 2 ½ angeschlossen hatte, berief die SAJ einen Gründungskongress der zentristischen sozialistischen Jugendorganisationen in Wien ein. Jedoch konnte erst nach einem Wechsel des Tagungsortes das zentristische Programm beschlossen werden, weil sich herausstellte, dass die kommunistischen Delegierten eine klare Mehrheit gehabt hätten. Wien wurde zum Sitz der Jugendinternationale 2 ½ erklärt, in der rund 70.000 Mitglieder aus Österreich, Deutschland, CSR, Jugoslawien, Lettland und Ungarn vereint waren. Eigentliches Ziel dieser Internationale war es, die sozialistische Jugendbewegung wieder zu vereinigen, was sich bald als unmöglich herausstellte. Daraufhin kam es zu einer Wiedervereinigung mit der 2. Internationale. Grundsätzlich waren in der 2. Internationale die politischen Kämpfe um die Selbstständigkeit des Kampfes der Jugendorganisationen und um die Bedeutung der Kulturarbeit zugunsten der Rechtssozialisten ausgegangen.

Erziehung zum oder durch Kampf?

Schon auf dem 5. Verbandstag war ein Konflikt über grundlegend unterschiedliche Konzepte zur Jugendarbeit

ausgebrochen. Der Druck der Linken war zumindest so groß, dass die Verbandsführung eine Kompromissformel suchen musste. Sollte die SAJ zuvor „in der Hauptsache erzieherisch wirken“, so setzte man sich am Verbandstag das Ziel, „als die oberste Aufgabe der proletarischen Jugendorganisation die Erziehung der Arbeiterjugend zum Klassenkampf“.

Ab 1922 war es zu einer Neuausrichtung der Wiener Kreisorganisation gekommen. Manfred Ackermann, ein deklariertes Linker, vertrat die These der „Massenschulung durch Massenkampf“. Für ihn war die beste Möglichkeit die Jugendlichen zu politisieren und an die SAJ zu binden die des konkreten wirtschaftlichen und politischen Kampfes. Er war der Auffassung, dass die beste Methode um die Jugendlichen zu SozialistInnen zu erziehen, in der Teilnahme am konkreten Klassenkampf lag. Unter Ackermann erlebte die Wiener SAJ einen gewaltigen Aufschwung. Einen wesentlichen Beitrag dazu lieferte wohl auch die klare Orientierung auf Arbeiterjugendliche.

Diese Strömung konnte sich jedoch im Verbandsvorstand nicht durchsetzen und blieb daher auf den Kreis Wien beschränkt. Die Polarisierung zwischen Linken und Rechten sollte aber die folgenden Jahre ein bestimmendes Element in der Organisationsentwicklung der SAJ bleiben.

Gewerbeschulreform und Lehrlingsstreiks

Die realen Kämpfe der SAJ drehten sich in den 1920er Jahren immer noch um konkrete Verbesserungen im Leben der Lehrlinge, die den größten Teil der Mitgliedschaft stellten. Ihre Forderungen waren ein vierwöchiger Erholungsurlaub, Verbot von Frauennacht- und Kinderarbeit, der 8-Stunden-Tag und spezielle Schutzbestimmungen für junge ArbeiterInnen. Weiters wurde ab 1922 für eine gesetzliche Lehrlingsentlohnung gekämpft, bisher hatten die meisten Lehrlinge nur für Kost und Logis arbeiten müssen.

Besonders der Kampf um die Gewerbeschulreform (vergleichbar mit den heutigen Berufsschulen) war in Wien und Niederösterreich bestimmend. 1918 war der Beschluss gefasst worden, dass nur noch jene Schulen von den Gemeinden unterstützt werden, an denen es keinen Samstagnachmittags- und Abendunterricht gibt. Diese Regelung sollte allerdings erst für das Schuljahr 1919/20 gelten.

Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, entschlossen sich die Gewerbeschüler (von kommunistischer Agitation beeinflusst) einen SchülerInnenstreik durchzuführen. 15.000 SchülerInnen blieben an diesem Tag der Schule fern und 11.000 nahmen an einer Kundgebung vor dem Rathaus teil.

Gleichzeitig wurden als organisierender Faktor Schülerräte in den Schulen und Klassen gewählt. Sie sollten bei

der Verwaltung, beim Unterricht und bei den Prüfungen mitbestimmen. Die Sozialistische Jugend widersetzte sich zunächst der Forderung (sie wollte eine gesetzliche Regelung abwarten). Als die Bewegung aber um sich griff, schaltete sie sich wieder ein und begann ebenfalls Schülerräte zu wählen. Es kam zu einem gemeinsamen Schülerrätekongress. Beide Forderungen wurden von Lehrlingen erkämpft. Der Fortbildungsschulrat verfügte durch Erlass den Fachschulunterricht während der Arbeitszeit. 1921 forderte der KJV Freifahrtscheine für Lehrlinge an den Unterrichtstagen. Diesmal war die Sozialistische Jugend bis zum Schluss dagegen, mit dem Argument, dass damit die Gemeinde Wien zu stark belastet würde. Vor den nächsten Wahlen wurde aber auch diese Forderung von der sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung bewilligt.

1921 stellten die Gewerbetreibenden in Niederösterreich und Wien den Tagesunterricht wieder in Frage und wollten zum Abend- und Wochenendunterricht zurückkehren, sowie das Fach Religion wieder in den Stundenplan integrieren. Diese Forderungen sollten dadurch erreicht werden, dass sie ihre Lehrlinge am Schulbesuch hinderten. Im Rahmen der „roten Jugendwoche“, die für die Verteidigung des Tagesunterrichtes genutzt wurde, fanden zahlreiche Veranstaltungen und Kundgebungen statt. Die Schüler drohten sogar mit einem neuerlichen Streik: „Bevor wir wieder in die alte Schule gehen, gehen wir lieber in gar keine!“ So konnte mit Unterstützung der Gewerkschaften die Wiedereinführung des Wochenend- und Abendunterrichtes verhindert werden.

Rund um diesen Kampf beginnt die Linke in der SAJ in Wien mit der Bildung von Betriebsgruppen, um die jungen ArbeiterInnen zu organisieren. Der Parteiführung war die starke Verankerung der SAJ-Linken in der Arbeiterjugend ein Dorn im Auge. Otto Bauer selbst sollte die Weichen zu ihrer nachhaltigen Schwächung stellen. Auf seinen Druck hin wurden die SAJ-Betriebsgruppen 1925 aus der Organisation ausgegliedert und bildeten fortan die neu gegründete Jugendorganisation der Freien Gewerkschaften. Diese vom Parteivorstand und der Gewerkschaftsspitze bewusst vorgenommene Maßnahme nahm Ackermann und seiner Gruppe die entscheidende Basis in der SAJ und hatte somit auch seine Niederlage am Verbandstag von 1925 vorgezeichnet.

Bis heute ist die Frage der Organisierung von jugendlichen ArbeiterInnen (direkt in den Betrieben) ein Streitpunkt zwischen SJ und Gewerkschaftsjugend. Wir sehen darin eine durch ein bürokratisches Manöver verursachte künstliche Trennung und Schwächung der Jugendbewegung, die es von der Basis her durch eine Einheit im Kampf wieder aufzulösen gibt.

Die Ära Kanitz

Otto Felix Kanitz war der bedeutendste theoretische Führer der Strömung, welche die Aufgabe der SAJ in der

Jugendpflege und Erziehung sah. Seine Ideen waren eindeutig vom Austromarxismus und der deutschen SAJ beeinflusst, die sich hauptsächlich auf kulturelle Tätigkeiten, wie Wandern, Volkstanz, Lager und Spiel beschränkte. Kanitz wollte die Arbeit der SAJ zwar nicht auf reine proletarische Jugendpflege beschränken, war aber überzeugt, dass man sich die Vorteile dieser Betätigungen zu Nutze machen sollte.

Die SAJ-Linke lehnte zwar die von den offen reformistischen Kräften in der Organisation geforderte Jugendpflege nicht kategorisch ab, empfand sie jedoch als nebensächlich: „Denn Klassenkampf lässt sich nicht in Diskussionen erarbeiten, Sozialismus lässt sich nicht erwandern und ersingen, sondern nur *erkämpfen!*“ so Heinz Soffner, ein Mitstreiter von Ackermann.

Kanitz vertrat die Auffassung, dass die Jugendlichen erst gefühlsmäßig an die ArbeiterInnenbewegung, ihre Symbole und Organisationen gebunden werden sollten, bevor sie mit theoretischen Diskussionen konfrontiert werden. Er vertrat einen äußerst pädagogischen Zugang zum Klassenkampf und zum Sozialismus. Die Jugendlichen sollten in der SAJ durch eine gefühlsmäßige Verbindung mit der Klasse und ihren Organisationen zu bewussten Kämpfern ihrer Klasse erzogen werden. Die generelle Einführung des Du-Wortes, der Verzicht auf Erwachsenenvorrechte und Solidarität als Haupttugend spielten dabei eine große Rolle.

In einer Zeit, in der die ArbeiterInnenbewegung besonders im „Roten Wien“ stark und selbstbewusst auftrat und ihre Feste groß feierte, hatten diese Ideen natürlich großen Einfluss, auch wenn sie nur ein Zurückweichen im politischen Kampf verschleierten.

Diese Debatte ist bis heute aktuell geblieben. Ist die Sozialistische Jugend eine politische Kampforganisation, in der sich die fortgeschrittensten Schichten der Jugend zusammenschließen und für den Sozialismus kämpfen? Oder ist die SJ eine Jugendorganisation zur Erziehung der Massen?

Finanzierung und Abhängigkeit

Wichtigste Einnahmequelle der SAJ waren die Mitgliedsbeiträge, die ab 1927 40 Groschen pro Monat betragen, wobei ein Teil bei der Gruppe blieb (10 Gr.) und der Rest in die Kreis- und Verbandsorganisation floss. Das Prinzip der Selbstfinanzierung gehörte damals noch zu den zentralen Stützfeilern im Aufbau der Organisation.

Mit der fortschreitenden Krise des Kapitalismus und damit verbunden einer ständig steigenden Jugendarbeitslosigkeit wurde die Finanzierung jedoch zunehmend schwieriger, weil die arbeitslosen, oft sogar „ausgesteuerten“ Mitglieder natürlich keinen Beitrag zahlen konnten. Die SAJ verliert in dieser Zeit massiv Mitglieder. Dadurch wurde die finanzielle Abhängigkeit von der

Partei immer stärker. Alle hauptamtlich für die SAJ tätigen Funktionäre bezogen ihr Gehalt von der Partei. 1930 kamen zum Beispiel $\frac{3}{4}$ des Budgets des Bezirkes Ottakring von der Bezirkspartei. Dadurch wurde auch die politische Abhängigkeit von der Partei immer klarer. Alle Funktionäre und vor allem die Sekretäre hatten klar die austromarxistischen Ideen zu vertreten.

Repolitisierung

Die Abspaltung der Betriebsgruppen und somit die Schwächung der Linken war zuvor mit einem allgemeinen Abflauen der kämpferischen Grundhaltung der Massen einhergegangen. Die Folge war auch eine gewisse Entpolitisierung in der SAJ, was die Position der Reformisten festigte. War die Arbeiterklasse unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg in der Offensive, so konnten bereits erreichte Reformen ab Ende der 1920er Jahre nur dort gehalten werden, wo die Partei und die SAJ stark auftraten. Generell war die Arbeiterklasse nun in einer Position, wo sie in erster Linie das Erkämpfte verteidigen musste.

War es also mit einem Abflauen der revolutionären Stimmung in den 1920er Jahren auch zu einer Entpolitisierung der SAJ gekommen, so änderte sich ab 1927 das Bild wieder. Der Kurs von Kanitz, aus der SAJ eine Freizeitorganisation mit politischem Background zu machen, geriet immer deutlicher in Widerspruch zur politischen Realität.

Vor allem aufgrund des immer stärker auftretenden Faschismus gewann der konkrete Kampf wieder an Bedeutung. Diese Politisierung erfasste sogar die bis dahin unpolitischen Sportorganisationen, wo sich bald schon die radikalsten Teile der Jugendbewegung sammelten und wo es zu heißen politischen Diskussionen kam. Auch die Mitglieder der SAJ radikalisierten sich wieder zusehends. Nach 1927 bildete sich erneut eine linke Opposition, die ein schärferes Vorgehen gegen den Faschismus verlangte. Die Verbandsführung wusste sich nur noch mit bürokratischen Mitteln zu helfen und schloss Walter Friedjung von der SJ Wien-Josefstadt aus.

Kanitz & Co. verschlossen vor der faschistischen Gefahr jedoch die Augen. So ließ die Verbandsführung 1928 ein Flugblatt verteilen, indem auf sehr originelle Weise für die SAJ geworben wurde:

„Willst du nicht frisch und froh mit andern / Am Sonntag in die Berge wandern, / Mit Spiel und Sport und Sang dabei? / Ja? Tritt den Jugendlichen bei!“

Ein Zeichen der Stärke lieferte die SAJ im Juli 1929 mit der Organisation des „Internationalen sozialistischen Jugendtreffens“ in Wien, an dem sich 50.000 Jugendliche beteiligten. Dieses Ereignis politisierte eine ganze Generation von JungsozialistInnen, die hier die Idee des Internationalismus in sich aufzogen.

Die SAJ setzte in der Folge wieder vermehrt auf politische Veranstaltungen, der Kampf gegen den Austro-

faschismus wurde jedoch zunehmend auch physisch geführt. Besonders was die Auseinandersetzungen mit den Austrofaschisten, der Heimwehr und auch der Polizei beteiligten sich unzählige SAJler an den Wehrsportorganisationen (Jungordner) oder wurden im Republikanischen Schutzbund aktiv. Am 9. September 1933 wurde die SAJ polizeilich aufgelöst.

Illegalität und Antifaschismus, 1934-45

Im Februar 1934 holten die Austrofaschisten zum endgültigen Schlag gegen die ArbeiterInnenbewegung aus. Teile des Schutzbundes, davon viele GenossInnen der SAJ, leisteten gegen die Austrofaschisten noch einmal Widerstand. Ohne Führung, unkoordiniert und schlecht ausgerüstet musste der Widerstand aber binnen weniger Tage zusammenbrechen.

Auch in Österreich hatte die Reaktion somit gesiegt. An der Spitze des Staates errichteten die Christlichsozialen und die Heimwehren einen autoritären Ständestaat. Die einzige legale politische Bewegung war die „Vaterländische Front“, die nach dem Führerprinzip aufgebaut war, also eine Art totalitäre Staatspartei. Das Regime selbst stand in einem Zweifrontenkampf. Einerseits gegen die in der Illegalität organisierte ArbeiterInnenbewegung und andererseits gegen die Nazis.

Obwohl im Februar 1934 alle Organisationen und Einrichtungen der ArbeiterInnenbewegung aufgelöst worden waren und jede oppositionelle Tätigkeit durch das Ständerecht schwer bestraft wurde, bildete sich in der Illegalität ein breiter von der ArbeiterInnenbewegung antifaschistischer Widerstand. Getragen wurde dieser vor allem von den Revolutionären SozialistInnen (RS), der KPÖ und den Freien Gewerkschaften.

Die wirtschaftliche Krisensituation während dieser Zeit traf vor allem die Jugendlichen. Es gab zu wenige Lehrstellen, das Lehrlingsrecht wurde eingeschränkt und in der Erziehung und Ausbildung kam es zu einem Rückschritt in Richtung Gesinnungs- und Gewissenerziehung durch das Regime im Sinne eines „religiös-sittlichen und vaterländischen Geistes“.

Die Niederlage im Februar 1934 war der bis dahin tiefste Einbruch in der Geschichte der sozialistischen Jugendbewegung. Durch behördliche Repressionen wurde ein Großteil der Jugendlichen aus dem politischen Leben ausgeschlossen. Doch für den Großteil der Kader der SAJ war die Fortsetzung ihrer politischen Aktivität in der Illegalität eine Selbstverständlichkeit. Schon wenige Tage nach den bewaffneten Auseinandersetzungen, am 18. Februar 1934, kamen die führenden Funktionäre der SAJ, soweit diese frei und im Lande waren, auf einer verschneiten Wiese im Wienerwald zusammen, um über die Zukunft der Bewegung zu entscheiden. Dort beschloss man die Fortführung der politischen Tätigkeit und die Aufrechterhaltung des organisatorischen Zusammen-

hangs der Sozialistischen Jugend. Eine feste Vorstellung, wie dies alles vor sich gehen sollte, hatte man aber zu dieser Zeit noch nicht. Es gelang dann in den Folge-monaten die Reste der SAJ zu einer Jugendorganisation zusammenzufassen, die sich ab dem Sommer 1934 Revolutionäre Sozialistische Jugend (RSJ) nannte.

Doch war die neu gegründete Organisation gleich von einem zweifachen Aderlass betroffen: einerseits gingen viele Jugendliche unmittelbar nach den Februarkämpfen zu den KommunistInnen über, andererseits vollzogen viele, meist ältere, den Übertritt zur illegalen sozialistischen Partei, die sich allmählich als Revolutionäre SozialistInnen (RS) formierte.

Kurze oder lange Perspektive?

Die erste Phase, auch „Periode der Rache und Romantik“ genannt, war unter dem Eindruck der Februarkatastrophe dementsprechend radikal. In der Führung, sowohl bei den RS als auch in der RSJ, sowie noch ausgeprägter in der Basis war die Illusion vorhanden, das Regime durch andauernden aktiven und passiven Widerstand innerhalb kürzester Zeit stürzen zu können. Nicht umsonst wird diese Zeit als „kurze Perspektive“ bezeichnet. Wobei die KommunistInnen noch viel optimistischer waren als die SozialistInnen. Das Motto jener Tage hieß „Vom blutigen Februar zum roten Oktober!“ In diese Phase fällt auch das Sprengstoffattentat von Josef Gerl im Juli 1934, für das er zum Tode verurteilt wird.

Geführt wurde die RSJ von Roman Felleis, einem idealistischen und draufgängerischen Typ, der als Wortführer agierte und von dem als eher kühl und sachlich beschriebenen Bruno Kreisky. Gegen die Politik der RS- und RSJ-Führung entwickelte sich im Laufe des Jahres 1934 eine Opposition, die hauptsächlich von den Bundesländern ausging und von der Gruppe „Funke“ artikuliert wurde. Diese von Leopold und Ilse Kulcsar geleitete Gruppe propagierte die Orientierung auf eine lange Perspektive, d.h. man solle sich auf eine lange Dauer des Widerstandes einstellen und eine streng konspirative Kaderorganisation aufbauen. Die Differenzen zwischen Führung und Opposition wurden auf der Brünner Reichskonferenz der RS zur Jahreswende 1934/35 offen ausgetragen, ohne dass dabei eine klare Entscheidung herbeigeführt werden konnte.

Anfang 1935 fiel nahezu die gesamte Führung der RS und RSJ einer Verhaftungswelle zum Opfer, so dass sich die Opposition durchsetzen konnte. Das neue Zentralkomitee (ZK) der RS wurde maßgeblich von den Theorien der Funke-Gruppe beeinflusst. Nicht zu Unrecht, wie sich herausstellte. Denn das Abflauen der Nachfebruarstimmung konnte nur eine eher nüchterne und analytische Betrachtung der politischen Verhältnisse zur Folge haben. Die Perspektive war nun, dass der illegale Kampf lang andauern würde, und man zog auch einen Sieg der Nazis

in Betracht.

Die RS wurde von nun als konspirative Kaderorganisation aufgebaut, die ihren Schwerpunkt auf Schulungsarbeit legte und ihre äußeren Aktivitäten einschränkte. Außerdem gab es eine deutlichere Abgrenzung gegenüber den StalinistInnen.

Auch in der RSJ setzte sich dieser neue Kurs sehr bald durch. Unter der neuen Führung durch das Ehepaar Kunke wurde die RSJ enger an die Partei gebunden, was unter anderem darin zum Ausdruck kam, dass das ZK der RSJ in „Jugendausschuss der Partei“ umbenannt wurde und alle wesentlichen Entscheidungen, wie z.B. die Beziehung zur KPÖ, vom ZK der RS getroffen wurden. Es gab zwar weiterhin Fraktionen innerhalb der RSJ, doch im Großen und Ganzen wurde die Linie des ZK unterstützt.

Die ersten Führer der RSJ, Felleis und Kreisky, konnten nach ihrer Entlassung aus dem Gefängnis keine führende Funktion mehr in der RSJ einnehmen, doch mit ihren mutigen Verteidigungsreden im großen Sozialistenprozess (März 1936) konnten sie dem antifaschistischen Widerstand neue Impulse geben. So sagte Bruno Kreisky vor dem Richter: „Ich habe schon gesagt, dass ich nach wie vor Sozialist bin. Weder die Taten der Regierung noch die aufmerksame Lektüre nichtsozialistischer und antimarxistischer Werke – wozu ich während meiner Haft ausgiebig Gelegenheit hatte – ließen mir eine andere Lösung als die des Sozialismus als möglich erscheinen. Ich halte weiterhin den Klassenkampf für das einzige Mittel der Befreiung der Arbeiterschaft.“

Organisationsaufbau in der Illegalität

Obwohl die Februarkatastrophe die sozialistische Jugendorganisation keineswegs unvorbereitet oder überraschend getroffen hat, wirkte sie wie ein schwerer Schlag für die Organisation. Aus der Massenorganisation der SAJ wurde die Kaderorganisation RSJ.

Die RSJ hatte einen Kern von ca. 1000 AktivistInnen, war jedoch imstande ein Vielfaches dieser Zahl zu mobilisieren und hatte in der ArbeiterInnenjugend viele SympathisantInnen. Ihre wichtigsten Stützpunkte waren Wien und das Industriegebiet südlich von Wien, sowie Linz, Salzburg, Innsbruck, Steyr, Bruck/Mur und das Salzkammergut. Die Werbung neuer Mitglieder konnte aus konspirativen Gründen nur in geringem Umfang durchgeführt werden. Die größten Zuwächse verzeichneten sie bei ehemaligen SAJ-Mitgliedern, den Roten Falken, in der Gewerkschaftsjugend sowie unter MittelschülerInnen und StudentInnen. Dadurch war auch das intellektuelle Niveau der Gruppen beachtlich hoch. Gleichzeitig musste man aber Verluste an die KommunistInnen oder durch Verhaftungen hinnehmen, so dass im Großen und Ganzen die Stärke der RSJ nach ihrer Konsolidierung 1934/35 gleich blieb.

Die RSJ musste ihren Aufbau an die Bedingungen der Illegalität anpassen. Die Organisation wurde von einem dem ZK der RS unterstehendem Gremium (meist Zentralkomitee, Jugendausschuss der Partei oder Exekutive) geleitet, an dessen Spitze ein Vorsitzender stand. Die Bezirksgruppen hatten im Durchschnitt ca. 40 Mitglieder, in den Wiener Bezirken Hernals und der Leopoldstadt zählte man sogar an die 100 GenossInnen. Innerhalb der Bezirke gab es noch oft Untergruppen.

Gewählt wurde in der RSJ aus Sicherheitsgründen nur selten, da größere Zusammenkünfte die Organisation als Ganzes gefährdeten. Die Bestellung der Führungskader erfolgte in der Regel durch Kooptierung oder Willensäußerung der Bezirke.

Durch Beschlagnahme der Heime und Lokale wurde die Frage der Zusammenkünfte zu einem der schwierigsten organisatorischen Probleme der Illegalität. Man traf sich entweder an öffentlichen Plätzen oder man schloss sich zur Tarnung Sportvereinen oder neutralen Organisationen wie den Quellenfreunden, der Guttemplerjugend, der Urania- oder GÖC-Jugend an. Es wurde sogar in einer Tanzschule ein Kurs belegt, obwohl dies ganz und gar den Kulturvorstellungen der illegal aktiven JungsozialistInnen widersprach.

Politische Aktivität und Schulung

Ein Großteil der politischen Propaganda ging von der Jugendorganisation aus. In der Zeit unmittelbar nach dem Februar 1934, als es darum ging, die Existenz der ArbeiterInnenbewegung zu demonstrieren und der Regierungspromaganda entgegenzuwirken, wurden vor allem sichtbare Aktionen durchgeführt. Die „Drei Pfeile“, die Buchstaben „RS“ oder „Nieder mit dem Faschismus,“ wurden an Wände gemalt oder in Form von Streuzetteln verteilt. Um Aufmerksamkeit zu erregen wurden bei solchen Aktionen auch oft Mistkübel in Brand gesteckt oder Feuermelder eingeschlagen. Am gefährlichsten, weil dabei die konspirative Tarnung völlig aufgehoben wurde, waren die Blitzkundgebungen, die zumeist an Feiertagen der ArbeiterInnenbewegung stattfanden oder als Gegenaktionen zu offiziellen Veranstaltungen abgehalten wurden.

Teilweise kam es auch, vor allem von ehemaligen Wehrsportlern, zu individuellen Terroranschlägen. In der RSJ-Führung gab es zu dieser Aktionsform keine einheitliche Position. Manche Führer, wie z.B. Felleis, tolerierten oder förderten sogar diese Taktik; sie wurde jedoch nicht zur allgemeinen Linie der RSJ. Den Höhe- und Wendepunkt bildete das tragische Schicksal des 20-jährigen Arbeitslosen Josef Gerl, der einen Signalmast am Donauufer gesprengt und einen Polizisten angeschossen hatte. Daraufhin wurde er durch den Strang hingerichtet. Erst durch dieses Ereignis setzte sich die Erkenntnis durch, dass derartige Kampfmethoden nicht zielführend sind.

Weniger spektakulär, aber viel wichtiger war der Vertrieb von illegalen Zeitungen und Flugblättern. Dabei war auch dieses kein ungefährliches Unterfangen, da die Strafe dafür bis zu 5 Jahren Kerker betrug. Außerdem wurden bei Kundgebungen und Aktionen unzählige Jugendliche misshandelt, verhaftet und ins Gefängnis gesteckt.

Anfang 1935, um die Organisation nicht weiter zu gefährden und zu dezimieren, wurde die sichtbare politische Aktivität in Form von Aktionismus eingeschränkt. Doch von Zeit zu Zeit, wenn es galt, die ArbeiterInnenbewegung zu verteidigen, waren die Jugendlichen stets zur Stelle, sogar in den Märztagen 1938, als sie erstmals seit 1933 wieder in „Blauhemden“ auf die Straße gingen.

Die widrigen äußeren Umstände und die Konzentration auf die politischen Aufgaben führten keineswegs zu einer Vernachlässigung der Erziehungsarbeit. Im Gegenteil die Kadenschulung wurde als die wichtigste Aufgabe der illegalen Organisation gesehen. Dazu trug auch bei, dass der Großteil der Jugendlichen arbeitslos war und dadurch viel Zeit hatte, sich intensiv mit theoretischen Fragen auseinander zu setzen, nicht nur mit denen des Austromarxismus sondern immer mehr auch mit den Schriften von Lenin und Trotzki. Diese Auseinandersetzung hatte auch eine Neuausrichtung der Perspektiven zur Folge: Sprach man bisher von einem friedlichen Übergang zum Sozialismus, so wurde diese Strategie zugunsten der Revolution und der Diktatur des Proletariats verworfen.

Die politisch-ideologische Schulung wurde durch eine spezielle konspirative Ausbildung ergänzt, da dies für die illegale Bewegung eine Überlebensfrage darstellte. Der Großteil der Schulungsarbeit glich viel eher einer politischen Diskussion als einem Unterricht und erfolgte aus Gründen der Sicherheit nur in Kleingruppen. Die einheitliche Linie der Erziehungsarbeit wurde vom ZK ausgegeben. Von Zeit zu Zeit wurden auch mehrtägige Schulungslager abgehalten, die zugleich auch Konferenzen waren und als Ausflüge, Skikurse oder Ähnliches getarnt waren. Außerdem war das Gemeinschaftsleben bei solchen Treffen ein wichtiger Faktor, da unter dem immensen Druck des Regimes dadurch das Zusammengehörigkeitsgefühl und die Solidarität gestärkt wurden, was den Jugendlichen Vertrauen in die Bewegung gab.

Die Internationale

In der Zeit der Verfolgung und Isolierung der sozialistischen Jugend in Österreich hatte der Rückhalt durch die internationale sozialistische Bewegung große Bedeutung. Sowohl die materielle Unterstützung als auch die politische und moralische Schützenhilfe der Schwesterorganisationen waren überaus wertvoll. Die politische Bedeutung und Wirksamkeit der SJI allerdings ziemlich gering, vor allem, weil die Zerrissenheit der Führung die gesamte Lage in der SJI treffend widerspiegelte. Dadurch war die Wirksamkeit ihres politischen Widerstandes nahezu

gegenstandslos. Wirkliche Bedeutung erlangte die SJ lediglich im Zuge des Spanischen Bürgerkrieges von 1936 bis 1939, als sie aktiv den spanischen Freiheitskampf durch große Solidaritätsaktionen, politisch wie materiell, unterstützte.

Gegen die Vorherrschaft der rechtsgerichteten Mehrheit (Schweden, Dänemark, Holland, Deutschland,...) formierte sich um Frankreich und Belgien eine Opposition, die „den Mangel an revolutionären Lösungen“ beklagte. Die Linken forderten daher in erster Linie eine stärkere politisch-aktivistische Orientierung, die Zusammenarbeit mit der KJI und eine positive Einstellung zur Sowjetunion. Die RSJ, die durch 2 Genossen in der Exekutive der Internationale vertreten war, sympathisierte in der Regel eher mit dem Linksblock.

Infolge der schweren Niederlage der ArbeiterInnenbewegung (Faschismus und Krieg) löste sich die SJI 1940 auf.

Widerstand gegen die Nazis

Der Kampf gegen den Nationalsozialismus war ab 1936 immer mehr in den Mittelpunkt des Widerstands gerückt. Die Parole der RS lautete „Weder Habsburg noch Hitler!“ Die Nazis waren nach dem Februar 1934 zu einer ernsthaften Bedrohung für die RSJ geworden, weil auch sie in Opposition zu dem Regime standen und dies propagandistisch in der ArbeiterInnenjugend auszunützen wussten. Außerdem sprach ihr radikaler Aktivismus (Terrorismus) gewisse Schichten von Jugendlichen an.

Eine spezielle Anti-Nazi-Propaganda der illegalen SozialistInnen setzte allerdings erst 1936 ein, als die Bedrohung Österreichs durch Hitlerdeutschland konkret wurde. In ihren Zeitungen wiesen sie vor allem auf den klaffenden Widerspruch zwischen den Versprechungen und der tatsächlichen Politik der Nazis hin, vor allem auf die Versklavung der ArbeiterInnenjugend im Zuge der „ordentlichen Beschäftigungspolitik“ unter Hitler und die Konzentrationslager.

Mit der Okkupation und Annexion Österreichs durch Nazi-Deutschland im März 1938 kam auch das Ende der RSJ. Es war schon vorher klar, dass unter den ungleich härteren Bedingungen des Nationalsozialismus eine Fortführung des Widerstandes in dieser Form nicht möglich war und neue Formen notwendig waren. Nach dem März 1938 stellt die sozialistische Jugendbewegung keine zusammenhängende Widerstandsbewegung mehr dar. Manchen gelang die Flucht ins Ausland (v.a. Schweden und Frankreich), wo sie zum Teil versuchten, ihre politische Tätigkeit fortzusetzen. In Paris z.B. existierte eine Gruppe von ca. 25 Jugendlichen (darunter Georg Scheuer), die eine Art Auslandkorrespondenz der RSJ aufbauten, doch die Kontakte nach Österreich kamen bald zum Erliegen, so dass sich auch diese Gruppen bald auflösten. Einige GenossInnen, wie etwa Erwin Scharf, schlossen sich in Jugoslawien den Partisanen an. Nicht

wenige führende JungsozialistInnen, unter ihnen Hans und Steffi Kunke, bezahlten ihre Aktivität im Widerstand mit dem Leben.

Sozialistische Jugend Österreich

Der Wiederaufbau

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Einsetzung der ersten österreichischen Regierung fand unter dem Vorsitz von Peter Strasser am 28. April 1945 die erste Sitzung junger SozialistInnen statt, wo der Beschluss der Parteiführung bekannt gegeben wurde, wieder eine sozialistische Jugendorganisation aufzubauen. Doch die führenden Funktionäre der SJ kamen fast alle noch aus der SAJ und waren daher schon relativ alt für diese Aufgabe. Andererseits hatten viele kampferprobte und erfahrene Kader und FunktionärInnen die faschistische Diktatur nicht überlebt. Die Ideen des Sozialismus waren also breiten Schichten der Jugend fremd und außerdem hatte die Mehrheit der Jugendlichen von politischen Organisationen aufgrund der Erfahrung des Nationalsozialismus die Nase voll. Die SJ beantwortete diesen Prozess der Entpolitisierung mit einer Betonung der kulturellen Arbeit, um so den Mangel an Solidarität und die Abneigung gegen jegliche Form des Zusammenschlusses in der Jugend zu überwinden.

Binnen kurzer Zeit wuchs die SJ wieder zu einer Massenorganisation und zählte im November 1946 bereits 25.000 Mitglieder. Ab November 1945 erschien trotz der finanziellen Schwierigkeiten der Organisation auch eine wöchentliche Zeitung „Stimme der Jugend“ in einer Auflage von 10.000 Stück.

Doch bald kam es rund um die Frage, ob sich die SJ rein um jugendpolitische Fragen kümmern oder sich als „linkes Gewissen“ der Partei verstehen sollte, zu einem Richtungsstreit im Verband. Aus diesen Diskussionen entwickelten sich allmählich ein linker und ein rechter Flügel im Verband. Die Linken, darunter der ehemalige Trotzkiist Josef Hindels, konnten sich mit ihrer Position des „revolutionären Gewissens der Sozialdemokratie“ schließlich durchsetzen.

Da man nach längeren Diskussionen davon ausging, dass ein gewisser Stock an geschulten FunktionärInnen und Kadern benötigt wird, um die politische Aktivität der Organisation zu gewährleisten, aber auch der Aufgabe, der aktivste Teil der Partei zu sein, gerecht zu werden, wurde großer Wert auf die Bildungs- und Schulungsarbeit gelegt. Damit wurde auch ein Ausgleich zu den normalen Gruppenabenden gesetzt, die hauptsächlich der kulturellen Arbeit gewidmet waren. Ende 1946 wurde somit unter der Leitung von Josef Hindels die SJ-Akademie gegründet, die vorwiegend für die FunktionärInnen und die Vorstandsmitglieder der SJ gedacht war. Auch waren sogenannte allgemeinbildende Gegenstände in der Schulungsarbeit enthalten, jedoch unterschieden sich diese von einer „wertfreien“ schulischen Bildungsarbeit. Die allge-

meinbildende Arbeit durfte aber die politische Arbeit nicht ersetzen, wie das folgende Zitat von Josef Hindels zeigt: „Die Praxis beweist, dass viele Menschen (auch viele Arbeiter) mit einer verhältnismäßig hohen Allgemeinbildung den Weg zum Sozialismus nicht finden ... Es ist sehr gut, wenn unsere Junggenossen Goethe und Schiller gelesen haben, aber um die Gesetze des Klassenkampfes zu begreifen, müssen sie Marx und Engels studieren ...“ Und weiter: „In einer sozialistischen Kampforganisation ist die Schulung nicht Selbstzweck, sondern sie dient unmittelbar dem politischen Kampf. Sie soll den Jugendlichen das geistige Rüstzeug geben, das sie brauchen, um überall für den Sozialismus wirken und werben zu können.“

Kampf gegen die Koalitionsgeginnung und der Oktoberstreik 1950

Die SPÖ-Spitze setzte nach 1945 trotz einer in der Arbeiterbewegung weit verbreiteten antikapitalistischen Grundstimmung, welche den Faschismus als Folge der kapitalistischen Krise sah, voll auf eine Politik der Klassenkollaboration und unterstützte offen die Pläne zur Restauration des österreichischen Kapitalismus. Damit rückte für die SJ das Ziel einer sozialistischen Gesellschaft in immer weitere Ferne. Die Beziehung zwischen Partei und SJ war in der Folge äußerst konfliktreich. Die SJ wurde zu einem der wichtigsten Teile der parteiinternen Linksopposition. Die Kritik der SJ richtete sich dabei vor allem gegen die „Koalitionsgeginnung“ und die sozialpartnerschaftliche Ausrichtung der Partei- und Gewerkschaftsführung. So sagte Josef Hindels auf dem Parteitag von 1947: „Im geistigen Ringen um die richtige politische Linie wird, so hoffen wir, der Parteitag jene Wendung herbeiführen, auf die wir warten ... Der Lebensstandard der arbeitenden Menschen sinkt von Tag zu Tag ... Wir können nicht länger zusehen, wie die Reallöhne der Arbeiter sinken, während der Schleichhandel blüht ... Wir müssen uns klar werden, dass wir unsere Ziele nicht mit, sondern nur gegen die ÖVP erreichen können ... Wir müssen innerhalb der Partei jene Geistesrichtung bekämpfen, die ich die Koalitionsgeginnung nennen möchte.“

Dieses Zitat ist heute so wertvoll wie gestern. Gleichzeitig wurde aber die Koalition mit der ÖVP nicht prinzipiell ausgeschlossen, sondern nur vom Verhalten der ÖVP selber abhängig gemacht, wie es der folgende Antrag der SJ an den Parteitag verdeutlicht: „...Der ÖVP ist klarzumachen, dass die SPÖ ihre vorübergehende Zusammenarbeit in der Konzentrationsregierung von der Haltung der ÖVP abhängig macht. Trotz der Konzentrationsregierung wird die Partei nicht darauf verzichten, den Klassenkampf zu führen. Das bedeutet in Österreich Kampf gegen die Volkspartei.“

Für die praktische Arbeit hätte das bedeutet, dass man den Kampf vom Parlament weg, hin auf die Straße verlagert und zur klassenkämpferischen Methoden wie Streiks und Demonstrationen schreitet. Doch die SJ-Führung war nicht in der Lage ihren Worten Taten folgen zu lassen. Auch in der Partei konnte sich diese Position nicht durchsetzen.

Einen wesentlichen Punkt der bürgerlichen Wiederaufbaupläne stellten die Lohn- und Preisabkommen (LPA) dar, womit der Lebensstandard der Massen niedrig gehalten werden sollte. Als das 4. Lohn- und Preisabkommen erhebliche Reallohnverluste mit sich brachte, brachte dies das Fass zum Überlaufen. Der Oktoberstreik, der als spontane Arbeitsniederlegung angefangen hatte, war durch die Politik der vorangegangenen Jahre vorprogrammiert. Das Ende des Zweiten Weltkrieges führte in vielen Ländern zu einer Kräfteverschiebung nach links. Große Teile der Bevölkerung verstanden den Krieg und den Faschismus als direkte Folgen des Kapitalismus. Die Hoffnungen der arbeitenden Menschen nach 1945 mit diesem System entgültig zu brechen, wurden von der SPÖ- und der ÖGB-Führung aber fünf Jahre lang enttäuscht.

So kam es mit Bekanntgabe der Inhalte des LPA am 25.9. zu spontanen Arbeitsniederlegungen in der amerikanischen Besatzungszone, und da vor allem in der VOEST und den Steyrer-Werken. Neben den KommunistInnen, die von Anfang an eine führende Rolle einnahmen, beteiligten sich auch viele sozialdemokratische GewerkschafterInnen an den Streiks.

Die SJ stand, was das 4. LPA betraf, weit links von der Partei wie die folgende Resolution vom Wiener Landesausschuss zeigt: „Die SJ stellt jedoch fest, dass in der Gesamtheit des Abkommens einzelne Posten der verteuerten Waren mangelhaft veranschlagt wurden und dass darüber hinaus bereits einsetzende Preissteigerungen zu einer Schmälerung des Realeinkommens führen. Die SJ fordert daher den Gewerkschaftsbund und die SPÖ auf, den Kampf um die Lebenshaltung der arbeitenden Menschen auf parlamentarischem und auch außerparlamentarischem Gebiet mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln konsequent zu führen...“

Doch auch hier ließ die SJ-Führung den Worten keine Taten folgen und ergriff keine Initiative, um den Streik zu unterstützen und zu stärken. Dies erklärt sich vor allem daraus, dass es die SJÖ nach dem Ausschluss von Erwin Scharf, dem Kopf der SP-Linken, aus der SPÖ wegen der Forderung nach Zusammenarbeit mit der KPÖ ab 1948, nicht wagte mit den KommunistInnen einheitliche Aktionen zu setzen. Indem man vor dem aufkommenden Antikommunismus in die Knie ging, fand sich bald schon in dem Dilemma gefangen, dass man trotz marxistischer Schulungsarbeit in der Realpolitik immer mehr nach rechts abdriftete.

Trotzdem reagierte die Parteiführung konsequent mit undemokratischen und bürokratischen Methoden und marginalisierte somit Schritt für Schritt die Linke in der Partei und auch der SJÖ. Wie Josef Hindels später zugab: „Die klein gewordene linke Gruppe, die nach dem dramatischen Bruch mit Erwin Scharf und seinen Freunden in der SPÖ zurückblieb, sah sich einer Pogromstimmung gegenüber: Jedes kritische Wort von links, auch in Fragen der Tagespolitik, führte zu gehässigen Reaktionen“ So wurden die Linken „die ständig an Einfluss verloren ... von allen Mandaten und wichtigen Funktionen ferngehalten.“

ten.“ Diesem Druck konnte sich selbst ein marxistisch geschulter Kader wie Josef Hindels nicht zur Gänze entziehen. Hindels blieb zwar Zeit seines Lebens ein Linker, seine Vergangenheit als Trotzkist blendete er jedoch penibel aus.

Der soziale Kampf und die Verankerung in den Betrieben

Die schlechte Versorgungslage und in der Folge ein schlechter Gesundheitszustand, lange Arbeitszeiten und das Problem der Jugendarbeitslosigkeit rückten die soziale Frage ins Zentrum der politischen Diskussionen und Aktivitäten der SJ. Durch außerparlamentarische Mobilisierungen (Kundgebungen, Fackelmärsche, etc.) gelang es der SJ weitgehende Verbesserungen für die Arbeiterjugend zu erringen, in dem sie Druck auf die Partei- und Gewerkschaftsführung aufbaute.

Durch diese Arbeit konnte sich die SJ auch stark in den Betrieben verankern. Dies war auch ein wesentlicher Faktor für die damalige Mobilisierungsfähigkeit der Organisation. Man betrieb SJ-Betriebsgruppen, führte regelmäßig Veranstaltungen in den Betrieben durch, verkaufte die SJ-Zeitungen im Betrieb und führte gemeinsam mit der sozialistischen Fraktion der Gewerkschaftsjugend den Kampf um die Wahl von Jugendvertrauensmännern. 1948 war die SJÖ mit 78% der Jugendvertrauensmänner die stärkste Jugendorganisation in den Betrieben.

Als die SPÖ 1952 aber mit dem ÖGB ein Abkommen schloss, veränderte dies die Arbeit der SJ in den Betrieben erheblich. Alle politischen Tätigkeiten wurden nun der sozialistischen Fraktion der Gewerkschaftsjugend übertragen. Somit begann ein langsames Absterben der Verankerung der SJ in der Arbeiterjugend.

Die Entwicklung der SJ vor dem Hintergrund des kapitalistischen Aufschwungs

In den 1950er Jahren setzte auch in Österreich ein Aufschwung ein, der die materielle Basis der Arbeiterklasse nach und nach verbesserte. Auch die Probleme der Arbeiterjugend waren nun nicht mehr so drückend. So ging zum Beispiel die Jugendarbeitslosigkeit stark zurück und zeitweise gab es sogar einen Mangel an männlichen Lehrlingen.

Die SJ wurde immer mehr zum Ort, wo man sich treffen und die Abende gemeinsam gestalten konnte. Die Organisation wurde zum kulturellen Mittelpunkt im Leben junger ArbeiterInnen.

Durch die aufkommende Vergnügungsindustrie wurde die politische Jugendarbeit weiter erschwert und führte zu einem deutlichen Mitgliederrückgang. Außerdem waren zusehends jene FunktionärInnen und AktivistInnen, die ihre politischen Erfahrungen im antifaschistischen Widerstand gemacht hatten, zu alt für die Organisation. Mit deren Abgang verlor die SJ auch die GenossInnen, welche durch Schulungsarbeit der Organisation das marxistische Selbstverständnis gegeben hatten. Insgesamt verlor auch

die politische Arbeit in den Gruppen an Bedeutung. Durch den kapitalistischen Aufschwung wurden auch rechtsreformistische Konzeptionen in der SJÖ nachhaltig gestärkt. Die Kritik an der Politik der Parteiführung wurde immer seltener und immer leiser. Die wenigen kritischen Stimmen verstanden es nicht sich zu vernetzen und die Stimmung in der Partei zu kippen. „Insgesamt setzte sich in der SJ endgültig die Haltung einer relativ bedingungslosen Loyalität der SPÖ gegenüber durch; nicht einmal in der Koalitionsfrage unterschied man sich mehr; dies wirkte sich gerade in einer Zeit aus, da die SPÖ ihren Sozialpartnerkurs außer Diskussion stellte. Daher fehlte abgesehen von der Diskussion auf dem Parteitag 1955 auch ein eigenständiges kritisches Auftreten der SJ auf Parteitagen wie etwa in den Jahren nach 1945. Auch in der Debatte um das 1958 erstellte neue Parteiprogramm trat die SJ nicht als geschlossene Gruppe auf ...“ (1894-1984 – Die Geschichte der Sozialistischen Jugend, Peter Pelinka) Die SJ verlor in der Folge nicht nur in der Gesellschaft sondern auch in der Partei selbst an Bedeutung. Diesem Bedeutungsverlust in der Partei begegnete die SPÖ-Führung mit einem verstärkten Druck auf die SJ aber noch mehr auf die anderen Vorfelddorganisationen, den VSM (Verband Sozialistischer MittelschülerInnen) und den VSSÖ (Verband Sozialistischer StudentInnen Österreich). So fuhr man in der Frage der Aufstellung eines Bundesheeres über die Proteste der SJ einfach drüber.

Der Kampf gegen die Neofaschisten

Nach wie vor war der antifaschistische Kampf ein wesentlicher Teil der Arbeit der Sozialistischen Jugend. Mit dem Sieg der Alliierten gegen die Nazis, verschwanden die nationalsozialistische Ideologie und deren Anhängerschaft bei weitem nicht von der Bildfläche. Viele ehemalige NSDAP-Mitglieder blieben weiterhin im Staatsdienst.

Als 1965 Taras Borodajkewycs, Professor an der Hochschule für Welthandel in Wien, in seinen Vorlesungen neonazistisches Gedankengut verbreitete, stand für viele fest: Der antifaschistische Kampf muss wieder aufgenommen werden. In der Folge wurde in Wien eine Demonstration organisiert, die auch von der SJ unterstützt wurde. Als diese Demonstration von bewaffneten Jungfaschisten angegriffen wurde, kam der kommunistische Widerstandskämpfer Ernst Kirchwegger ums Leben. Die sich häufenden Freisprüche von Kriegsverbrechern aus der Nazi-Zeit stimmten große Teile der Jugend unzufrieden. Doch der Unmut war zunächst noch unter der Oberfläche, sollte bald jedoch offen zu Tage treten.

1968 und die jugendliche Protestbewegung

Mitte der 1960er Jahre begann eine jugendliche Protestwelle durch ganz Europa zu ziehen. Standen am Beginn noch Studentenproteste gegen die bürgerliche Universitätspolitik, so radikalisierte sich die Protestbewegung nicht zuletzt aufgrund der harten Reaktion des bürgerlichen Staatsapparates sehr rasch und wurde zum Ausdruck für

den Traum von einer Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung, den weltweit Millionen träumten. In Frankreich und Italien kam es sogar zu Massenstreiks mit revolutionärem Potential. In Österreich, wo die Arbeiterklasse durch das System der Sozialpartnerschaft und den Reformismus stärker im Zaum gehalten wurde, fielen die Proteste schwächer aus und blieben vor allem auf die Jugend konzentriert. Das offene Auftreten von neuen und alten Nazis, die Verbrechen des US-Imperialismus in Vietnam politisierte aber auch in Österreich eine ganze Generation.

Die Erringung der absoluten Mehrheit Anfang der 1970er Jahre durch die SPÖ zeigte, dass sich auch hierzulande immer mehr Menschen einen gesellschaftlichen Wandel wünschten.

Die SJÖ konnte anfangs mit der neuen außerparlamentarischen Protestbewegung und ihren kulturrevolutionären Ausdrucksformen rein gar nichts anfangen. Sie fühlte sich wohl als „Applausorgan“ für Kreiskys Reformpolitik.

Linksruck in der SJÖ

Die 68er-Bewegung und ihre Folgen sollten aber auch auf die SJÖ nachhaltige Wirkung haben. Die „Ära Schieder“ an der Spitze der SJÖ neigte sich dem Ende zu. In der Organisation mehrten sich Anfang der 1970er Jahre zaghaft aber doch die Stimmen, die einen Kurswechsel forderten. Peter Schieder (heute NR und Oberhaupt eines einflussreichen Clans in der SPÖ Wien) führte die SJÖ als unkritischen Wahlkampfverein der Partei. Unter Jugendpolitik verstand man unter seiner Führung ein Kopieren einschlägiger Jugendzeitschriften à la BRAVO.

Die Politik der Parteiführung in Österreich und in Europa wurde als Maß aller Dinge hochgejubelt. Die eigene Karriere in der SPÖ war das unausgesprochene Ziel der SJÖ-Führung.

Am Verbandstag 1972 in Linz war die Linke, die sich vor allem in Oberösterreich und den westlichen Bundesländern langsam formierte, noch klar unterlegen. Den einzigen Achtungserfolg, den sie landete, war, dass mit Herbert Lackner (heute Profil) ein Linker zum Chefredakteur des „Trotzdem“ wurde. Das „Trotzdem“ beinhaltete ab 1973 nun immer öfter Artikel, in denen sich die SJÖ links positionierte. Im Zentralorgan der SJÖ wurde der Marxismus wieder salonfähig. Dies spiegelte ganz klar die weltweite Radialisierung der Jugend wider.

Der Putsch gegen den demokratisch gewählten Salvador Allende in Chile im September 1973 beschleunigte die Linksentwicklung in der SJ. Die Beschränkungen reformistischer Politik wurden angesichts der brutalen Bilder aus Chile einer ganzen Generation von JungsozialistInnen vor Augen geführt. Immer deutlicher wurde nun eine Kritik am sozialdemokratischen Reformismus formuliert.

1973 am Verbandstag in Salzburg drückt sich diese beginnende Linksentwicklung erstmals seit Jahrzehnten in der Verabschiedung einer grundsatzpolitischen Erklärung ab, in der sich die SJÖ zum Marxismus bekennt und für eine

„sozialistische Umgestaltung Österreichs“ kämpfen will. Seitens der Linken wird nun eine deutliche Kritik an der Sozialpartnerschaft entwickelt. Die SJ Oberösterreich solidarisiert sich offen mit dem „wildem Streik“ bei Böhler-Ybbstal. Während in Niederösterreich und der Steiermark die traditionell parteitreue Linie vorherrschte, kam es auch in der SJ Wien, einer echten Hochburg der SJ-Rechten, zu einer ersten Polarisierung. 1973 gaben mehrere Wiener SJ-Bezirke eine neue linkssozialistische Zeitung mit dem Namen „Funke“ heraus. Der Untertitel lautete „Linke Sozialisten in der SJ“. Der „Funke“ war eine Strömung, welche in der SJ wieder klassenkämpferischen Positionen zum Durchbruch verhelfen wollte. Die rechte Mehrheit reagierte mit Ausschlussdrohungen gegen die Funke-Unterstützer, die in bis zu 6 Bezirken die Mehrheit stellten. Doch erst auf Druck der Parteispitze zerbrach 1974/5 diese Strömung und löste sich wieder auf. Einige ihrer Vertreter sollten einige Jahre später ... aber ... einen wesentlichen Beitrag zur Linkswende in der SJ Wien leisten.

War die „Funke“-Gruppe trotz kommunistischen Ideen schon ziemlich nahe, so wurde der Verband Sozialistischer Mittelschüler (VSM) von GenossInnen geführt, die sogar offen die Annäherung an die Vierte Internationale von Ernest Mandel suchten. Dieser Radikalisierung in der eigenen Mittelschülerorganisation war der SPÖ natürlich ein Dorn im Auge. 1973 machte die Parteiführung kurzen Prozess und schloss die „Trotzkisten“ aus dem VSM aus und setzte mit Hilfe bürokratischer Manöver und der Rechten in der SJ eine neue Führung ein. Durch das Streichen der Parteisubventionen zerstörte man den VSM dann endgültig.

Die Zerstörung des VSM sollte für die SJÖ aber noch große Nachwirkungen haben. Im Schülerbereich war die Jugendradikalisierung Anfang der 1970er besonders ausgeprägt. Hier tat sich nun ein politisches Vakuum auf, von dem die SJÖ in der Folge enorm profitieren sollte. Und dies wiederum festigte die Linksentwicklung in der SJÖ! Dazu kam noch eine Reihe von GenossInnen aus dem VSSÖ, die in den kommenden Jahren in der Organisation eine führende Rolle einnehmen sollten. Darunter Josef Cap, Brigitte Ederer, Peter Pelinka u.a. Die Linke war in der SJ nicht mehr aufzuhalten.

Herbert Lackner brachte in einem „Trotzdem“-Artikel das Selbstverständnis der damaligen Linken in der SJÖ zum Ausdruck: „Sie (die SJ, Anm.) ist weder Jugendwählerreferat, noch ein Funktionärsreservoir für die Partei, sie ist weder jugendpolitisches Aushängeschild diverser Stadt- und Landesverwaltungen, noch Tanzkränzchenveranstalter für entpolitisierte Jugendliche. Sie ist zu jeder Zeit jene Organisation, die die Jugendlichen auf die Widersprüche des Systems aufmerksam zu machen hat, dem sie ausgeliefert sind. Und vor allem ist die Sozialistische Jugend das kritische Korrektiv, das die, sich oft in Taktik und Tagespolitik verlierende Partei zur Verwirklichung des Programms drängt.“ In diesem Artikel zum 80. Jahrestag der SJ stellt sich die SJÖ erstmals wieder in die Tradition des Austromarxismus.

Das Kräfteverhältnis in der Organisation hatte sich mittlerweile so weit nach links verschoben, dass selbst der Verbandsvorsitzende Hatzl zur Absicherung seiner Wiederwahl wortradikal vom „unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Monopolkapital und den Interessen der Massen des arbeitenden Volkes“ sprach.

Abgesehen von einer Wiederentdeckung marxistischer Rhetorik und Analyseansätze blieb die SJÖ Mitte der 1970er aber noch weitgehend unkritisch gegenüber der realen Politik der SPÖ, die zu der Zeit ja eine Alleinregierung führt. Kreiskys Reformpolitik wird sogar als „systemüberwindend“ eingeschätzt. Was gefordert wird, ist aber mehr sozialistische Aufklärungsarbeit.

Als Verbandsvorsitzender Hatzl 1975 am Ziel seiner Träume angelangt war und in den Nationalrat gewählt wurde, war aber die Zeit endgültig reif für eine Übernahme der Verbandsorganisation durch die Linken.

Die Wende von 1976

Mit dem Oberösterreicher Josef Ackerl stellte jetzt erstmals die Linke den Verbandsvorsitzenden. Auf dem Verbandstag von 1976 wurden außerdem eine marxistisch motivierte Grundsatzklärung und eine „Kaderschulung“ (die jedoch über eine Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus nicht hinausgehen sollte) beschlossen.

Die SJ öffnete sich auf diesem Verbandstag hin zur KP und gab sich selbst eine gewerkschaftliche Orientierung. Josef Cap, der neue Verbandssekretär, meinte: „Reformen müssen gegen den Klassengegner erkämpft und nicht am grünen Tisch der Sozialpartnerschaft ausgehandelt werden. Das ist die Wurzel allen Übels. Die Strukturen des Kapitalismus werden nicht angetastet.“ Richtung SPÖ-Regierung kritisierte man, dass man das „kapitalistische System nicht nur gesundpflegen“ dürfe.

Die SJÖ definierte sich wieder als kämpferische Jugendorganisation.

In der Debatte um die Grundsatzklärung sah sich aber selbst die neue linke Mehrheit einer Kritik von links ausgesetzt. Die SJ Tirol brachte einen eigenen Vorschlag ein und kritisierte darin jegliche Illusionen in die Reformierbarkeit des „imperialistischen Kapitalismus mit dem Stimzettel“. Dem hielt der Stamokap-Flügel aus der SJ Oberösterreich entgegen, man könne nicht von vorneherein sagen, dass es keinen Weg des Reformismus gäbe. Diese Position war damals stark von der Vorstellung geprägt, dass man nach Jahrzehnten der Sozialpartnerschaft erst langsam der Arbeiterklasse wieder bewusst machen müsse, dass es zum Kapitalismus eine Alternative braucht. Die Reformpolitik der Sozialdemokratie, wenn sie nur konsequent umgesetzt würde, wäre in diesem Sinne eine wichtige Voraussetzung zur Beseitigung des Kapitalismus.

Diese Grundsatzklärung sollte die Grundlage für die Politik der SJÖ in den folgenden 15 Jahren bilden. Sie dokumentiert den Linksruck in der SJÖ in den 1970ern, manifestiert aber auch die theoretischen Schwächen der SJÖ in jener Periode.

Die SJÖ und „Neue Soziale Bewegungen“

Ein großer Teil der durch und nach 1968 politisierten Jugendlichen war ... außerhalb der traditionellen Massenorganisationen der ArbeiterInnenbewegung aktiv. Neben den sogenannten „K-Gruppen“ meist maoistischer Provenienz bildeten sich als Ausfluss der Studentenbewegung die „Neuen Sozialen Bewegungen“ (NSB).

Wollte die SJÖ ihrem Anspruch als kämpferische Jugendorganisation gerecht werden, musste sie auf dieses Phänomen eine Antwort finden. Die erste große Nagelprobe bot die Besetzung der Arena in Wien im Sommer 1976. Die von der SPÖ dominierte Gemeinde Wien wollte damals den alten Schlachthof, wo die Wiener Festwochen stattgefunden hatten, abreißen lassen. Daraufhin besetzten Künstler und Jugendliche das Gelände. Die SJ war jetzt in einer echten Zwickmühle: Parteitreu oder mit der Bewegung? Viele SJlerInnen beteiligten sich aktiv an der Besetzung und dem in der Arena gebotenen Kulturprogramm. Die Gesamtorganisation setzte auf eine Gratwanderung und versuchte in Verhandlungen mit der Parteispitze zumindest einen Teil des Schlachthofs zu retten, um sowohl gegenüber der Partei wie auch den Besetzern nicht das Gesicht zu verlieren.

Neben antifaschistischen Aktionen gegen die Kandidatur der Aktion Neuer Rechter (ANR) bei den ÖH-Wahlen 1977, gegen die sich an den Unis breiter Widerstand formierte, und die Kandidatur von Norbert Burger (NPD) bei den Bundespräsidentenwahlen 1980 geriet die SJÖ-Spitze nun immer öfter mit ihren politischen Kampagnen in Widerspruch zur Parteiführung. Anlässe gab es genügend: 1977 gegen die Affäre um geplante Rüstungsexporte nach Syrien rund um Verteidigungsminister Lütgendorf, der außerdem eine einschlägig braune Vergangenheit aufzuweisen hatte; die Frage des Volksgruppengesetzes und der vom Kärntner Heimatdienst (KHD) ausgehenden Hetze gegen die slowenische Minderheit in Kärnten; die Pläne zum Bau eines Kernkraftwerkes in Zwentendorf, wo sich die SJÖ 1978 offen gegen die Partei stellte. Mit der Gründung der „Alternativen Liste“ 1982 sollte die Ökologiebewegung ein politisches Sprachrohr bekommen, das auch zu einer Konkurrenz für die Sozialdemokratie wurde. Die SJÖ sah ihre Rolle darin, durch das Aufgreifen der Ökologiefrage auch die neu entstehende Grünbewegung irrelevant zu halten und linkes Protestwählerpotential für die Sozialdemokratie zu sichern.

Neben dieser aktiven Teilnahme an den diversen sozialen Protestbewegungen investierte die Führungsriege der SJÖ zusätzliche Ressourcen in die Debatte um die prinzipielle Ausrichtung der Organisation. Immer mehr setzten sich nun jene Stimmen durch, die eine eindeutige Öffnung zur kommunistischen Bewegung befürworteten. Als 1978 Josef Cap an die Verbandsspitze gewählt wird, kann sich die SJÖ endlich auf die Suche nach dem „Dritten Weg“ begeben. Doch dazu weiter unten...

Auf dem Weg zu einem innenpolitischen Faktor

Die SJÖ war Anfang der 1980er nun nicht mehr aus dem politischen Geschehen wegzudenken. Aus dem unkritischen Wahlkampfverein für die Sozialdemokratie war binnen weniger Jahre eine ernstzunehmende Kraft geworden, die zu allen zentralen Debatten die Stimme erhob.

Gewaltigen Auftrieb erlangte die SJÖ zusätzlich durch das IUSY-Festival, das Anfang Juni 1981 in Wien stattfand und an dem sich 15.000 Jugendliche beteiligten. Neben einem breiten Programm an Diskussionsforen demonstrierten die Tausenden JungsozialistInnen aus der ganzen Welt bei einem Fackelzug ihre Stärke.

Auf dem IUSY-Festival wurde deutlich, dass es in der SJÖ drei große politische Strömungen gab. Die parteitreuen SozialdemokratInnen waren im Großen und Ganzen unter der Führung von Karl Schlögl auf die SJ Niederösterreich reduziert, dann gab es das austromarxistische Zentrum, das die Verbandsführung stellte, sowie der Stamokap-Flügel rund um die SJ Oberösterreich. Vor allem in der Frage zu den Entwicklungen in Osteuropa, insbesondere der von der Solidarnosc angeführten Streikwelle in Polen, kam es zu heftigen Auseinandersetzungen. Im Diskussionsforum „Wirtschaftsdemokratie“ wurde jedoch erstmals die Basis für den Aufbau einer neuen Strömung in der SJÖ gelegt. Aufgrund der massiven Intervention von Unterstützern der Militant Tendency, welche die britische LPYS kontrollierte, wurde der Keim für eine trotzkistische Strömung in der SJÖ gelegt. Äußerst lustig die Reaktion vom damaligen Verbandssekretär der SJÖ, Alfred Gusenbauer: „Die Nichtpräsenz großer Teile wesentlicher Organisationen (SJD, Jusos, SJÖ) auf Grund der späteren Ankunft wirkte sich qualitativ schlecht aus. So konnte quantitativ die LPYS mit vielen Rednern dominieren, die alle Bemühungen zur Demokratisierung der Wirtschaft als reformistisch abqualifizierten und die proletarische Revolution der kämpfenden Arbeiterklasse als einzige kurz- und langfristige Strategie gegen das Kapital gelten ließen.“

Die SJÖ konnte mit dem IUSY-Festival aber vollauf zufrieden sein. Ihr Stellenwert in der IUSY, in der SPÖ und in der Öffentlichkeit ganz allgemein erreichte ein historisches Hoch. Bei Umfragen gaben etwa 60% der Befragten an, in jüngster Zeit von der SJ gehört zu haben. Die SJÖ war innerparteilich und innenpolitisch zu einem echten Faktor geworden.

Die Friedensbewegung

Anfang der 1980er Jahre beherrschte der „Kalte Krieg“ zwischen Imperialismus und Stalinismus die gesamte Weltlage. In den USA war Ronald Reagan zum neuen Präsidenten gewählt worden und fuhr einen harten Kurs gegen das „Reich des Bösen“, die Sowjetunion. Ein Rüstungswettlauf zwischen den beiden Großmächten setzte ein. Das Szenario vom „Krieg der Sterne“ war allgegenwärtig. Vor diesem Hintergrund und ausgelöst durch den NATO-Beschluss der Stationierung nuklearer Mittelstreckenraketen wurde die Friedensbewegung in ganz

Europa zu einer echten Massenbewegung.

Die SJÖ war schon zuvor gegen Rüstungsexporte an die chilenische Militärdiktatur aktiv geworden. Der Stamokap-Flügel drängte aber darauf, der Friedenspolitik einen ganz zentralen Stellenwert zu geben. Es wäre ein Fehler, „die Friedenspolitik ... als bürgerliches und pazifistisches ‚Gewäsch‘ abzulehnen“, vielmehr müsse man darin „einen Teil des internationalen Klassenkampfes“ sehen. Ganz im Stile der KPÖ und deren Volksfronttaktik rief man nun zum Aufbau einer „breiten demokratischen Bewegung für den Frieden“ auf. Eine Verschiebung des internationalen Kräftegleichgewichts zugunsten der USA wäre ein schwerer Schlag für alle antiimperialistischen Bewegungen.

Von Anfang an spielt die SJÖ nun eine führende Rolle in der Friedensbewegung. Und dies Hand in Hand mit der stalinistischen KP. Die SPÖ reagierte mit antikommunistischer Polemik. Namhafte Parteilinke, wie Josef Hindels oder Johanna Dohnal, unterstützten aber offen die SJ-Kampagne „Jugend für den Frieden“. Ab 1981 laufen die Vorbereitungen für eine große Friedensdemo.

Die Friedensbewegung sollte klassenübergreifend sein und alle „vernünftigen“ Kräfte im Westen zusammenbringen. Dazu gehörte auch ein Appell an die österreichische Regierung sich auf dem Parkett der internationalen Diplomatie für Frieden und Abrüstung einzusetzen. Die SPÖ aber bekannte sich – Neutralität hin oder her – weiter klar zum Westen und machte Druck, damit sich die SJÖ endlich aus der Friedensplattform zurückziehe. Aber ohne Erfolg. Die SJÖ war zu der zentralen Kraft dieser Bewegung geworden und mobilisierte Tausende Menschen zu den diversen Veranstaltungen. Die SJ-Broschüre „Jugend für den Frieden“ wurde insgesamt 50.000 Mal verkauft.

Höhepunkt der Bewegung war die Friedensdemo am 15. Mai 1982 in Wien, an der sich 70.000 Menschen beteiligten. Ein Jahr später, am 22. Oktober 1983, gingen sogar 100.000 in Wien auf die Straße. Die Stationierung der Mittelstreckenraketen konnte aber nicht verhindert werden, was binnen kurzer Zeit zum Auseinanderfallen der Bewegung führte.

Die SJÖ und die Sowjetunion

Die SJÖ hatte in den 1950ern und 1960ern entsprechend der Parteilinie einen klar antikommunistischen Kurs verfolgt. Seit den 1970ern wendete sich in der Analyse der Sowjetunion aber das Blatt. Der Stamokap-Flügel in der SJ Oberösterreich verfiel dabei geradezu in eine unkritische Apologie des „real existierenden Sozialismus“.

Doch auch das austromarxistische Zentrum fand Ende der 1970er zu einer Neudefinition ihrer Haltung in dieser Frage. Dabei stützte man sich vor allem auf Otto Bauers 1936 im Exil entwickelte Idee des „integralen Sozialismus“, wonach die Lehre aus der Niederlage gegen den Faschismus nur darin liege könne, dass die Sozialdemokratie sich ihres Reformismus entledige und der Kommunismus demokratischer würde. In dieser Schrift verteidigt Bauer auch offen die Sowjetunion.

Beim Otto Bauer-Symposium 1978 wollte die SJÖ-Führung zu diesem Projekt einen wesentlichen Beitrag leisten. Die eurokommunistische Linie in der italienischen KP ermöglichte Berührungspunkte zwischen Linkssozialisten und Teilen der „kommunistischen Weltbewegung“. Gemeinsam wollte man den „Dritten Weg“ zum Sozialismus suchen.

Dadurch wurde zwar Kapitalismuskritik in der SJÖ klar mehrheitsfähig, eine Abkehr von reformistischen Positionen bedeutete das aber noch lange nicht. Kein Wunder, vertraten doch die neuen Bündnispartner in den KPen im Zuge der (vor)revolutionären Bewegungen wie in Italien, Spanien oder in Frankreich in den 1970ern selbst reformistische Etappenkonzepte. Zuerst müsse man die „wahre Demokratie“ einführen und erst dann könne man eine sozialistische Perspektive entwickeln. Der KPI zeichnete sich Ende der 1970er sogar offen durch eine Politik der kapitalistischen Krisenverwaltung aus.

Eine wirklich wissenschaftliche Analyse von der bürokratischen Degeneration der Sowjetunion und der Rolle des Stalinismus in den verschiedenen revolutionären Prozessen des 20. Jahrhunderts liefert die SJÖ nicht. Diese theoretische Schwäche und die damit verbundene mehr oder weniger unkritische Haltung zum Stalinismus sollte spätestens mit dem Fall der Berliner Mauer und dem Zusammenbruch der Sowjetunion fatale Folgen für die linken Strömungen in der SJÖ haben und der Rechten den Weg ebnet.

„Cap ins Parlament“

Anfang der 1980er konnte sich auch Österreich von der neuerlichen internationalen Rezession nicht mehr abschotten. Der Anspruch der SP-Regierung, die absolute Mehrheit für „die Umgestaltung der Gesellschaft in Richtung sozialer Demokratie“ zu nutzen, war angesichts immer kleiner werdender Spielräume für eine Reformpolitik nicht mehr zu halten. Die Sozialdemokratie musste sich darauf reduzieren, den Arzt am Krankenbett des Kapitalismus zu spielen. Dazu kam, dass die Nachrichten von Skandalen von SP-Spitzenpolitikern nicht mehr abrisen.

Die SJÖ bekam den wachsenden Entfremdungsprozessen zwischen der Sozialdemokratie und vielen durch die Ereignisse der vergangenen Jahre politisierten und radikalisierten Jugendlichen besonders deutlich zu spüren. Daraus resultierte eine Strategiediskussion in der SJ. Wie könnte man weiter Sprachrohr einer sich radikalisierenden Jugendbewegung bleiben?

Die Entscheidung wurde wohl dadurch erleichtert, dass aus der SPÖ-Spitze Anzeichen kamen, dass die SJÖ als „kritisches Gewissen“ der Sozialdemokratie auftreten solle. Bezeichnend ein Gastkommentar von Karl Blecha im „Trotzdem“: „Alternative Bewegungen verkörpern oft eine antikapitalistische Sehnsucht und akzeptieren damit sozialistisch motivierte Problemlösungen. Mit denen sollte man stark in Kontakt bleiben und das Gespräch suchen.“ In der SPÖ gab es aber natürlich auch etliche „Genossen“, welche die SJÖ davor warnten, mit den

„Schmuddelkindern“ zu spielen. Damit saß die SJÖ de facto immer zwischen zwei Stühlen, was bekanntlich sehr unbequem sein kann. Kritisch müsse die Jugendorganisation schon sein, aber alles mit Maß und Ziel.

Auf dem Parteitag 1982 kam dann das große parteiinterne Auftreten von Cap, der mit seinen „drei Fragen an Landeshauptmann Kery“ wegen dessen Lebensstil eine Welle der Entrüstung in der SPÖ auslöste. Cap wurde daraufhin nicht mehr in den Parteivorstand gewählt. Die SPÖ hatte also ihr linkes Feigenblatt verstoßen.

Für die anstehenden Nationalratswahlen 1983 gab es nun eine heftige Debatte, wie sich die SJÖ positionieren sollte. Während die SJ Niederösterreich einen Jugendwahlkampf unter dem Motto „Junge Österreicher für Kreisky“ befürwortete, entschied sich die Verbandsspitze für einen Vorzugsstimmenwahlkampf für Josef Cap. Diese Initiative fand die Unterstützung von namhaften Künstlern vom Schläger eines Peter Turrini oder Lukas Resetarits.

„Cap ins Parlament“ hieß die Losung. Und diese Kampagne löste echten Enthusiasmus aus. Cap stellte sich als Brückenkopf zwischen der Arbeiterbewegung und der alternativ-grünen Bewegung dar, thematisierte die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, Friedens- und Ökologieforderungen. Und im Gegensatz zum Privilegienstadl in der SPÖ legte er sein Einkommen offen. Cap argumentierte dabei, dass nur eine reformierte SP-Alleinregierung ein Garant gegen den Abbau der bisher erreichten Reformen sein könne. Auch wenn man so linke Töne von einem SP-Kandidaten seit Jahrzehnten nicht mehr hören konnte, so war Caps Wahlprogramm aber nicht mehr als eine Aneinanderreihung von Minimalforderungen ohne diese mit einer sozialistischen Perspektive zu verbinden. In Detailfragen, wie bei der 35-Stunden-Woche, vertrat man in der Öffentlichkeit noch nicht einmal die gesamte Argumentationslinie der Organisation sondern beschränkte sich auf eine rein reformistische Linie.

93.000 Menschen stimmten bei der Wahl dann für Cap. Davon 62.000 allein in Wien. Viele Linke (auch SozialdemokratInnen) drückten dadurch ihre Kritik an der SPÖ aus und hievten den „Juso-Rebellen“ ins Parlament.

Der weitere Gang von Josef Cap ist hinlänglich bekannt. Sobald er im Nationalrat saß, zog er sich aus der SJÖ zurück und vertrat ab sofort eine völlig gemäßigte Linie. Seine individuelle Anpassungsstrategie sollte aber nicht überraschen. Mit seinem Rückzug als SJ-Vorsitzender entledigte er sich jeglicher Kontrolle durch die Basis. Ohne Druck von unten gab es für ihn nur noch den Druck seitens der Parteibürokratie, dem er nichts entgegenzusetzen hatte.

Gusi der Masseverwalter

Unter Alfred Gusenbauer hielt die SJÖ an ihrem austromarxistischen Kurs fest. Auch wenn dieses Theoriekonzept eigentlich nur von einer dünnen Funktionärsschicht geteilt wurde, die Basis eher durch Freizeitaktivitäten an die Organisation gebunden wurde.

Die Wandlung von Cap wurde für die SJÖ zu einer echten Belastung. Die kritischen Stimmen in der Organisation wurden deutlicher und viele AktivistInnen gingen zu den Grünen. Der offenkundige Rechtsruck der SPÖ in den 1980ern, der in der Kür des Bankers Franz Vranitzky zum Parteivorsitzenden seinen Ausdruck fand, tat sein Übriges. Die SJÖ-Spitze bekam nun immer deutlicher den Druck durch die Parteiführung zu spüren. Vor allem der Vorwurf mit Kommunisten zusammenzuarbeiten, wurde als Keule eingesetzt. Um den Konflikt nicht völlig eskalieren zu lassen, tauchte die SJÖ nun immer mehr unter. Aus Angst vor der Partei erstarrte man zu politischer Untätigkeit. So etwa im Konflikt um das Kraftwerksprojekt in Hainburg, das zum Fokus der Grünbewegung wurde. Dabei kam es immer wieder zu dem Widerspruch, dass sich viele SJlerInnen aktiv in Protestbewegungen (gegen Hainburg, gegen die Abfangjäger) engagierten, die SJÖ-Führung aber nur sehr halbherzige Kritik an der SP-geführten Regierung erhob.

Die 1980er waren auch das Jahrzehnt militanter Abwehrkämpfe der schweren Bataillone der Arbeiterklasse. In Deutschland der Kampf der Metallarbeiter, in Großbritannien der Bergarbeiterstreik. In diesem Zusammenhang trat auch erstmals die trotzkistische Strömung rund um die Zeitschrift „Vorwärts“ ins Blickfeld. Im Rahmen einer Solidaritätskampagne mit den britischen Miners sammelte man 20.000 Schilling.

Aber auch in Österreich selbst spitzte sich der Klassenkampf zu. Vor allem der Kampf der Arbeiter in der Verstaatlichten Industrie prägte die Situation. Die SPÖ wurde in der Verstaatlichtenkrise zum offenen Werkzeug des Kapitals. Der SJÖ fiel dazu aber nichts Besseres ein als plötzlich von ihrer in den vergangenen Jahren formulierten Kritik am wirtschafts- und sozialpolitischen Kurs der SPÖ abzurücken und den „österreichischen Weg“ zu verteidigen, der sich lange Jahre erfolgreich bewährt habe. Die SJÖ bemühte sich plötzlich um eine „Ehrenrettung des Reformismus“ (Peter Pelinka). Eine aktive Unterstützung dieser Arbeitskämpfe blieb jedoch weitgehend aus.

Auf Tauchstation

Ab Mitte der 1980er Jahre verschob sich das gesamtgesellschaftliche Kräfteverhältnis merklich nach rechts. Der Sieg von Kurt Waldheim bei den Bundespräsidentenwahlen, die Machtübernahme von Jörg Haider in der FPÖ, die Bildung einer Großen Koalition zwischen SPÖ und ÖVP markieren diesen Rechtsruck. Unter SP-Finanzminister Lacina wird 1987 dann auch das erste große Sparpaket geschnürt.

Die Einsparungen bei den StudentInnen lösten im Herbst 1987 dann auch einen großen Unistreib aus, dem sich unzählige SchülerInnen anschlossen. Dabei suchen die StudentInnen auch die Zusammenarbeit mit den Arbeitern in der Verstaatlichten Industrie, die ebenfalls im Kampf stehen. Bei einer Großdemo gegen Sozialabbau beteiligten sich 50.000 Menschen.

Auch wenn wieder viele SJlerInnen in dieser Bewegung

eine aktive Rolle spielten, so war die Mobilisierung der Gesamtorganisation äußerst schwach. Dies ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass Gusenbauer & Co. angesichts des Drucks seitens der Partei in die Knie gegangen waren. Die Kritik an der SPÖ beschränkt sich auch darauf, dass sich Vranitzky gegen die ÖVP nicht durchsetzen könne. Dass wesentliche Teile der Sozialdemokratie diese Politik zur „Standortsicherung“ selbst befürworten, sieht die SJÖ-Spitze, welche über keine ausreichende Analyse des Charakters der kapitalistischen Krise verfügt, aber nicht.

Gusenbauer verwaltet in der Folge zwar das bisher Aufgebaute, tritt jedoch gegenüber der Parteiführung immer unkritischer auf. Die SJÖ wird in der Folge dadurch de facto handlungsunfähig. Gusenbauer selbst bastelt in der Zwischenzeit in erster Linie an seiner eigenen Karriere, die er vor allem über seine vielen Auslandsreisen im Zuge seiner Funktion in der IUSY aufzubauen gedenkt.

Nach 1987 gibt es keine einheitlichen Aktionen und Kampagnen der SJÖ mehr, auch innerorganisatorisch sinkt die Beteiligung, was sich z.B. darin äußert, dass bei Konferenzen von der Basis immer weniger politische Anträge gestellt werden. Das „Trotzdem“ erscheint dazu nur noch sehr unregelmäßig.

Todeskrise des Stalinismus

Im Sommer 1989 kündigte sich das Ende des Stalinismus unüberhörbar an. Für viele SJlerInnen bricht mit der Berliner Mauer eine Welt zusammen. Der „real existierende Sozialismus“ war vielleicht nicht der perfekte Sozialismus, galt aber vielen GenossInnen als Vorbild. Aus der DDR bezog man auch das theoretische Rüstzeug für die eigene politische Arbeit. Die Krise des Stalinismus konnte sich also in der Funktionärsriege der SJÖ nur in einer ideologischen Krise ausdrücken. Dies betraf nicht nur den Stamokap-Flügel sondern auch das austromarxistische Zentrum. Das Fehlen einer marxistischen Analyse des Stalinismus ließ die Mehrheit der SJ-AktivistInnen angesichts von Montagsdemos und Volksaufständen in absoluter Verwirrung zurück.

Einzig und allein die trotzkistische Strömung um die Zeitschrift „Vorwärts“ war imstande diesen Prozess in Osteuropa zu analysieren und sollte dementsprechend auch als einzige intakte linke Kraft in der SJÖ übrig bleiben. Ted Grant, der theoretische Kopf der Militant Tendency, war bereits 20 Jahre zuvor zu dem Schluss gekommen, dass die stalinistische Bürokratie die Sowjetunion und Osteuropa in eine Sackgasse geführt habe und das System deshalb auf eine Krise enormen Ausmaßes zusteure. In den antistalinistischen Massenprotesten von 1989 gab es zweifelsohne Elemente der von Trotzki propagierten politischen Revolution. Das Fehlen eines subjektiven Faktors und das allgemeine internationale Kräfteverhältnis, das sich eindeutig zugunsten der Bürgerlichen verschoben hatte, ließ jedoch letztlich die Kräfte der Konterrevolution die Oberhand gewinnen. Der Restaurationsprozess in Osteuropa war für viele SJlerInnen eine Zäsur, die ihren Glauben an die Möglichkeit einer sozial-

istischen Zukunft schwer erschütterte. Viele gestandene GenossInnen zogen sich nun ins Privatleben zurück oder nahmen rechtssozialdemokratische Konzepte an. Nicht wenige GenossInnen, die anfangs weit links standen, folgten so dem Beispiel von Josef Cap.

Die SJÖ am Boden

Gusenbauer verabschiedet sich 1990 Richtung SPÖ-Karriere. Sein Nachfolger wird der Linzer Peter Winkler, was unter anderem vom „Vorwärts“ fälschlich als „Linksruck“ gesehen wurde. Unter seiner Führung sollte sich die SJÖ in der Folge aber allem entledigen, was den Anschein von „marxistisch“ oder „sozialistisch“ hat. Winkler steht für ein postmodernes Politikkonzept, ... wonach wir nicht mehr in einer Klassengesellschaft leben, die Klassen sich in eine Vielzahl von individuellen Eigeninteressen und Schichten aufgelöst hätten. Der Marxismus war für diese Funktionärsriege, die fast überall die Mehrheit in der SJ erzielen sollte, längst tot.

Den Schluss, den Winkler und seine Clique zogen, bedeutete, dass eine sozialistische Jugendarbeit, die den Anspruch hat, die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit grundlegend zu verändern, Ausbeutung und Unterdrückung ein für alle mal zu beseitigen, unmöglich geworden sei.

Die SJÖ wurde so einmal mehr zu einem bürokratischen Jugendbüro der SPÖ degradiert. Nur, dass die damalige Verbandsführung nicht einmal mehr den Anspruch hatte, Jugendliche zu organisieren und politisch für die Sozialdemokratie zu gewinnen. Nach dem Ende der Geschichte sei dies ja unmöglich geworden. Rund um die Sekretariate der SJ sollen nur noch einzelne Projekte zu bestimmten Themen (Demokratie, Ökologie,...) organisiert werden, wo Jugendliche temporär mit der SJ zusammenarbeiten könnten.

Diese Konzeption lief über den Umweg der Entpolitisierung auf die völlige Liquidierung der SJÖ hinaus.

Wie viel Demokratie hat's?

Die einzige zentrale SJÖ-Kampagne aus jener Zeit war die „Demokratie“-Kampagne. Dabei sollten Jugendliche bei diversen Institutionen, in der Schule oder sonst wo messen, wie viel Demokratie es hat. Diese Kampagne sollte aber nie in die Tat umgesetzt werden.

Im Gegenzug zeigte die rechte Verbandsführung, was sie unter innerorganisatorischer Demokratie versteht. Als im März 1992 die Vorwärts-Strömung knapp vor der Landeskongress drauf und dran ist, in der SJ Wien die Mehrheit zu stellen, zieht die SJ-Bürokratie die Notbremse und schließt 5 führende Vorwärts-UnterstützerInnen aus, löste die drei vom „Vorwärts“ kontrollierten SJ-Bezirke auf, unterstellt diese einem statutarisch extra für diesen Fall neu eingeführten „Bezirksbetreuer“ und erteilt allen Mitgliedern dieser Bezirke ein Heimverbot.

Das Vorwärts war zu jener Zeit die einzige Strömung in der SJ, die systematisch inhaltliche Arbeit machte und eine Kampagnenarbeit umsetzte. Zu den zentralen Fragen

(Irakkrieg, Zusammenbruch der Sowjetunion, EU-Beitritt, Rechtsextremismus...) gab es nur vom „Vorwärts“ politische Positionen.

Ab dem Zeitpunkt, wo das „Vorwärts“ zu stark wurde, musste ... die Bürokratie, die kaum noch über funktionierenden Strukturen verfügte, zum Mittel der Ausschlüsse greifen.

Anfangs erklärte das „Vorwärts“ noch, den Kampf für eine marxistische SJ auch nach den Ausschlüssen weiterführen zu wollen. Man gründete die Organisation „Jugend für Sozialismus“, die sich als die eigentliche SJ darstellte und als Ziel die Wiederaufnahme in die SJÖ definierte. In der Zwischenzeit vollzog jedoch die Mehrheit der Militant Tendency, mit der das „Vorwärts“ in Verbindung stand, einen politischen Kurswechsel und verließ die Sozialdemokratie. Die österreichische Vorwärts-Führung kopierte unhinterfragt diesen Kurs, schrieb die Sozialdemokratie als bürgerliche Partei ab und machte sich auf den ultralinken Weg, dessen Ziel der Aufbau einer neuen Arbeiterpartei sein sollte, aber auf dem man nur als unbedeutende Gruppe am Rande der ArbeiterInnenbewegung enden kann. Durch dieses von Ungeduld gekennzeichnete linksradikale Abenteuer überließ das „Vorwärts“ die SJ kampfflos den Rechten. Hätte das „Vorwärts“ seine prinzipielle Orientierung auf die SJ beibehalten, hätte sie wenige Jahre später einen wesentlichen Beitrag bei der neuerlichen Linksentwicklung der SJÖ spielen können und wäre dabei von Anfang an ein zentraler politischer Faktor gewesen. Durch ihre ultralinke Politik fügte sie den Kräften des Marxismus in der ArbeiterInnenbewegung jedoch schweren Schaden zu, der erst mühsam wieder ausgegült werden musste.

Die SJÖ war also von marxistischen Ideen gesäubert worden. Die folgenden Jahre sind für die Linke eine einzige Durststrecke. Erst langsam können sich ausgehend von der SJ Niederösterreich, der SJ Oberösterreich, der SJ Wien und der SJ Vorarlberg die kleinen in der SJÖ noch vorhandenen marxistischen Kräfte neu gruppieren. Dies ist der Beginn der „Funke“-Strömung in der SJ.

Für eine starke, linke SJ

In der SJ Niederösterreich gelingt es unter der Führung von Andreas Kollross und der aktiven Mitwirkung von einigen Funke-UnterstützerInnen Mitte der 1990er Jahre auf der Grundlage linkssozialistischer Inhalte, Kampagnenarbeit und reger Außenarbeit die SJ wieder zu beleben. Dies ist der Beginn einer neuerlichen Trendwende in der SJÖ, die von vielen bereits völlig abgeschrieben worden war. Nachdem 1998 der „Funke“ noch allein die SJ-Rechte herausfordert und am Linzer Verbandstag einen Gegenkandidaten zum Verbandsvorsitzenden Karl Delfs präsentiert und mit rund 28 Prozent der Stimmen einen politischen Achtungserfolg erreicht, kann die politisch sehr heterogene Linke zwei Jahre später die Mehrheit gewinnen und mit Andreas Kollross den Verbandsvorsitzenden stellen.

Die SJÖ beginnt sich jetzt Schritt für Schritt wieder als linke Jugendorganisation zu positionieren. Andreas Koll-

ross knüpft dabei im Großen und Ganzen an den politischen Konzepten des austromarxistischen Zentrums der 1980er Jahre an. In zunehmendem Maße gewinnt die SJÖ nun auch wieder Mitglieder und AktivistInnen. Anfang der 1990er Jahre politisieren sich angesichts der Bewegung gegen Schwarz-Blau, der „Antiglobalisierungsbewegung“ und der Bewegung gegen den Irakkrieg immer mehr Jugendliche.

Egal ob es nun die Demos gegen die WEF-Gipfel in Salzburg waren oder antifaschistische Mobilisierungen oder die Demos gegen den Irakkrieg, in all diesen Fällen gelang es der SJÖ wieder Jugendliche in beachtlicher Zahl zu mobilisieren. Vor allem die marxistische Strömung rund um den „Funke“ war dabei eine zentrale Kraft, die einen wesentlichen Beitrag dazu leistete, dass die SJ in den verschiedenen Bewegungen der vergangenen Jahre als relevante Kraft sichtbar wurde.

Marxismus oder Reformismus?

Für die SJ gelten als Jugendorganisation der Sozialdemokratie dieselben Gesetze, die für alle anderen traditionellen reformistischen Massenorganisationen der Arbeiterbewegung Geltung haben. Sobald sich nennenswerte Teile der Klasse bewegen und für ihre Interessen kämpfen, wird sich dies in einer Wiederbelebung dieser Organisationen widerspiegeln. Zur Veränderung der Gesellschaft suchen die Massen ein Instrument, ein Werkzeug. Die Geschichte der Arbeiterbewegung zeigt, dass den Massenorganisationen dabei eine besondere Rolle zukommt.

Die Geschichte der SJ mit all den Auf- und Abentwicklungen bzw. den vielen politischen Kurswechseln ist ebenfalls nur vor diesem Hintergrund zu verstehen. Wenn immer es Massenbewegungen gegeben hat, gewann die SJ Mitglieder und ging nach links. Wenn der Klassenkampf verebbte, verlor die SJ an Bedeutung und ging politisch nach rechts. Die Linksentwicklung der SJ in den letzten Jahren lässt sich ebenfalls nur dadurch erklären, dass sich angesichts der kapitalistischen Krise mit seinen mannigfaltigen Ausdrucksformen (Krieg, Aufstieg des Rechtspopulismus,...) unzählige Jugendliche politisieren und radikalisieren.

Als MarxistInnen ist uns jedoch klar, dass es dabei keinen Automatismus gibt, der dazu führt, dass die SJ in der nächsten Phase auch unter günstigen objektiven Bedingungen linear wachsen und an Einfluss gewinnen wird. Es kommt darauf an, wie die SJ auf gesellschaftliche Prozesse reagiert, ob sie das nötige Rüstzeug zur Erklärung dieser Prozesse entwickelt, ob sie imstande ist, im Klassenkampf und in sozialen Protestbewegungen eine aktive, vorwärts treibende Rolle zu spielen. Ob dies gelingt, hängt letztlich davon ab, welche politische Strömung der SJ ihren Stempel aufdrücken kann. Dass die SJ immer wieder in ihrer Geschichte nach rechts ging, ist in erster Linie auf die politischen Schwächen der SJ-Führung zurück zu führen. Statt einem auf wissenschaftlichen Analysen und demokratischen Debatten fußenden Verständnis für Perspektiven, statt marxistischen Ideen und

Methoden wurde die Politik der SJ-Führung immer durch prinzipienlose Kompromisse zwischen verschiedenen Strömungen bzw. Bürocliquen sowie durch den Selbsterhaltungstrieb der bürokratischen Apparate in der Organisation (vor allem gegenüber dem Druck durch die SPÖ) bestimmt.

Die positiven Entwicklungen in der SJ der letzten Jahre, die wir anerkennen und die nicht zuletzt das Produkt unserer politischen Arbeit als marxistische Strömung sind, können nur dann konsolidiert werden, wenn es gelingt, die SJ auf eine genuin marxistische Grundlage zu stellen. Ohne eine sozialistische und internationalistische Perspektive und ein revolutionäres Programm droht die SJ wie so oft schon in der Vergangenheit vor dem Druck des Reformismus in der Arbeiterbewegung zurückzuweichen. Dies müssen wir verhindern. Wir müssen die SJ für den Marxismus gewinnen und in eine revolutionäre Kampforganisation zur Befreiung der Arbeiterklasse verwandeln.

Literatur:

Wolfgang Neugebauer, Bauvolk der kommenden Welt. Geschichte der sozialdemokratischen Jugendbewegung in Österreich, Wien 1975

Peter Pelinka, Geschichte der Sozialistischen Jugend 1894-1984

Andreas Pittler, Geschichte der Sozialistischen Jugend Österreich, Dissertation 1996

Trotzdem Sondernummer zur Jahrhundertfeier der SJÖ Rote Reihe Nr. 16, Krieg und Revolution - der Jännerstreik 1918

Rote Reihe Nr. 22, So starb eine Partei - Der Februar 1934 Funke, Mein Ideal stand mir höher als mein Leben - Zum Gedenken an Josef Gerl, Juli 2004

Funke Sondernummer, 10 Jahre Funke - Unser Dauerauftrag der Sozialismus

Broschüren aus der Roten Reihe (noch lieferbar):

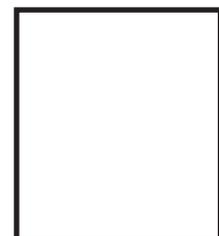
- Nr. 3 Kuba - Revolution am Scheideweg
- Nr. 4 Ya basta - Mexiko - Neoliberalismus - Krise - Widerstand
- Nr. 7 Was wir brauchen müssen wir uns nehmen
- Marxismus und Frauenbewegung
- Nr. 10 Weltwirtschaft in der Krise - Gründe und Gegenstrategien
- Nr. 11 Die Kurden - Volk ohne Staat
- Nr. 12 Koloniale Revolution
- Nr. 14 Staatsgewalt und Klassenherrschaft
- Nr. 15 Österreich im Umbruch - Perspektiven für den Widerstand
- Nr. 16 Jännerstreik 1918
- Nr. 17 People not Profit
- Perspektiven für die antikapitalistische Bewegung
- Nr. 18 Trotzki lesen im 21. Jahrhundert
- Nr. 19 Wider den Krieg - Texte von Luxemburg und Liebknecht
- Nr. 20 Faschismus - Analyse und sozialistische Gegenstrategien
- Nr. 21 Reformismus oder Marxismus? - Welche SJ wollen wir?
- Nr. 22 So starb eine Partei - Februar 1934
- Nr. 23 Widerstand macht Schule -
Leitfaden für eine kämpferische SchülerInnenbewegung
- Nr. 24 Der Molekularprozess der Weltrevolution - Weltperspektiven 2004

Bücher:

- Alan Woods/Ted Grant: Aufstand der Vernunft - marxistische Philosophie und moderne Naturwissenschaften, Promedia-Verlag, Wien 2002
- Alan Woods: Bolshevism - The Road to Revolution
- Ted Grant: Russia - From Revolution to Counterrevolution
- Rob Sewell: In The Cause of Labour - History of British Trade Unionism

Ich möchte:

- ein Funke-Abo (22 Euro. für 10 Ausgaben/ Solipreis 30 Euro)
- Rote Reihe Nr. _____
- Infos über eure Veranstaltungen und Aktionen



Name: _____

Straße: _____

Ort: _____

Telefon: _____

e-mail: _____

Der Funke
Postfach 112
1096 Wien